

## **PROTOKOLL NR. 284**

### über die Verhandlungen des Einwohnerrates Horw

Sitzungsdatum:	16. Februar 2006
Sitzungsort:	Saal des Pfarreizentrums
Anwesend:	28 Einwohnerräte/Einwohnerrätinnen 5 Gemeinderäte/Gemeinderätinnen Gemeindeschreiber
Entschuldigt:	Hans-Ruedi Jung (Ferien) Thomas Zemp (beruflich)
Vorsitz:	Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist
Dauer der Sitzung:	16.00 Uhr - 19.30 Uhr

#### **Traktanden**

---

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist begrüsst die Anwesenden und stellt Beschlussfähigkeit fest.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass die Traktandenliste bereinigt werden müsse, da über die beiden dringlichen Vorstösse zu befinden seine. Heute müsse über das dringliche Postulat Nr. 570/2006 von Karin Probst, L2O, und Mitunterzeichnende: Sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und Betagte befunden werden. Die Postulantin hat das Wort.

Karin Probst hält fest, dass eine sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und Betagte eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Sicherheitsmängel für Fussgänger, insbesondere für die angesprochenen Personengruppen, seien mittlerweile erkannt und würden immer wieder so geäussert. Jetzt verlange es nach raschem Handeln. Die Bauarbeiten vom zweiten Abschnitt seien noch im Gange, bei allfälligen Ergänzungen könne man dort Synergien nutzen. Vor Projektabschluss müssen geeignete Massnahmen eingeleitet werden, weil Signalisationsänderungen problematischer werden, je länger man damit zuwarte oder je öfter die Signalisation wieder geändert werden müsse.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi hält fest, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit bestreite. Sämtliche Anmerkungen auf dem Postulat seien nicht Sachen, die den Bau direkt betreffen sondern dies seien Sachen, die bei der Endfertigstellung, und das Projekt werde noch nicht nächsten Monat abgeschlossen, noch absolut Thema sein werden. Man habe bei der ersten Etappe schon bewiesen, dass man auf die Leute zugehe und Schulungen mache. Der Gemeinderat sei der Ansicht, dass auch noch zu einem späteren Zeitpunkt zu diesen Fragen Stellung genommen werden könne.

Karin Probst hält an der Dringlichkeit des Postulates fest und verlangt Diskussion.

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

Karin Probst erklärt, dass sie der Meinung sei, dass es dringend sei und zwar, weil es schon ein paarmal zu Fastunfällen gekommen sei. Es seien vor allem Kinder und Betagte betroffen, die sich nicht wehren und sich kein Gehör verschaffen können. Es sei es nicht wert, nur weil man finde, das Problem später auch noch lösen zu können, Unfälle zu riskieren, welche verhindert werden könnten. Deshalb sei sie der Meinung eine Lösung müsse sofort gefunden werden.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist hält fest, dass der Gemeinderat das Postulat nicht dringlich entgegen nehmen möchte. Es wird über die Dringlichkeit abgestimmt.

#### **Abstimmung**

Das Postulat Nr. 570/2006 "Sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und Betagte" dringlich erklären.	12 Stimmen
Das Postulat Nr. 570/2006 "Sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und Betagte" nicht dringlich erklären.	13 Stimmen

**Das Postulat Nr. 570/2006 "Sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und betagte" wird somit nicht dringlich erklärt.**

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist bittet nun den Postulanten Jörg Stalder, die Dringlichkeit seines Postulates Nr. 571/2006 "Erwerb des Hotel Pilatus als Begegnungsort" zu begründen.

Jörg Stalder hält fest, dass gerade am letzten Montag oder Dienstag wieder etwas aus der Tagespresse zum Hotel Pilatus zu entnehmen war. Eine Aktualität um dieses Haus laufe. Auch an der Zukunftskonferenz, welche Ende Januar über die Bühne gegangen sei, seien viele Voten gefallen, in Horw Begegnungsorte zu schaffen. Wir haben das Gefühl, dass das zwei Themen seien, die sich zusammenwirken und weil die Veränderung jetzt im Gange sei, möchten sie gerne heute zu diesem Thema Stellung nehmen.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält fest, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit nicht bestreite.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist schlägt vor, das Dringliche Postulat Nr. 571/2006 "Erwerb des Hotel Pilatus als Begegnungsort" von Jörg Stalder unter Traktandum 6. in der Traktandenliste einzufügen. Die nachfolgenden Traktanden würden sich dann um eine Position verschieben.

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

Die Traktandenliste sieht wie folgt aus:

1. Ersatzwahl von 2 Urnenbüromitgliedern
2. B+A Nr. 1316 Bauabrechnung Umbau und Anpassungen im Gemeindehaus
3. B+A Nr. 1320 Planungsbericht Sozialkonzept und Sozialplanung
4. Verordnung über die Sitzungsgelder und Entschädigungen der Mitglieder des Einwohnerrates
5. Pause  
anschliessend Fragestunde
6. Nr. 571/2006 Dringliches Postulat Jörg Stalder, L2O, u. MU: Erwerb des Hotel Pilatus als Begegnungsort
7. Nr. 563/2005 Postulat Robert Odermatt, SVP, u. MU: Enteignungsverfahren Kanton Luzern gegen 20 Grundeigentümer im Gebiet Hinterbachstrasse und Rämsweg
8. Nr. 565/2005 Postulat Brigitte Germann-Arnold, L2O, u. MU: Energiestadt Horw
9. Nr. 526/2005 Dringliche Interpellation Konrad Durrer, L2O, u. MU: Planung Stadion Allmend
10. Nr. 521/2005 Interpellation Roger Jenni, FDP, u. MU: Alter Gemeindewerkhof
11. Nr. 522/2005 Interpellation Jörg Stalder, L2O, u. MU: Masterplan für Horwer ESP-Gebiete
12. Nr. 527/2005 Interpellation Irène Zingg, FDP, u. MU: Verkehrskonzept bei der Dorflinde

## **Mitteilungen des Präsidenten**

---

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist gibt bekannt, dass er den Rat an folgenden Anlässen vertreten habe:

- 30. Januar 2006: Neuzuzügerabend
- 02. Februar 2006: Sportlerehrung 2005 in der Horwerhalle
- 04. Februar 2006: Agathafeier der Feuerwehr Horw

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt weiter, dass er vom Gemeinderat Horw ein Schreiben erhalten habe, welches mittlerweile allen bekannt sein dürfte. Darin beklage sich der Gemeinderat betreffend Äusserungen von einem bestimmten Ratsmitglied an der letzten Sitzung. Der Gemeinderat habe sich durch verschiedene Äusserungen betroffen und verletzt gefühlt. Der Gemeinderat mache ihm nun den Vorwurf, dass er Art. 49 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates nicht befolgt und nicht eingegriffen habe. In diesem Artikel stehe: "Die Ratsmitglieder haben sich an die Regeln des parlamentarischen Anstandes zu halten und vermeiden beleidigende und verletzende Äusserungen". Er nehme den Vorwurf so entgegen. Was beleidigend und verletzend sei, darüber könne man sich im gegebenen Fall streiten. Er werde sich künftig besser darauf achten und bei klaren Verstössen eingreifen. Er wehre sich aber dagegen, jedes Wort auf die Waagschale zu legen. Seine Empfindungen seien nicht immer dieselben, wie diejenigen vom Rat oder Gemeinderat. Es gebe nun mal Personen in diesem Rat, welche eine rauere Sprache sprechen würden als andere. Die Aufgabe des Rates liege darin, Sachpolitik zum Wohle der Bevölkerung zu betreiben, man solle sich darauf konzentrieren und nicht auf einzelne Worte, die allenfalls nicht so geschickt gewählt worden seien. Weiter erwarte der Gemeinderat, dass er ein Mitglied des Rates an den "Pranger" stellen soll, dies tue er selbstverständlich nicht. Mit der betroffenen Person wurde gesprochen und er denke, dass das Problem erkannt sei. Ebenfalls erwarte der Gemeinderat eine schriftliche Entschuldigung des Ratsmitgliedes. Ihm liege eine Kopie des Schreibens vor. Auch sei der Vorwurf da, dass das betroffene Ratsmitglied ein Gespräch mit der Gemeinderätin verweigert habe. Ihm liege der betroffene E-Mail-Verkehr vor. Aus diesem könne er entnehmen, dass der Termin lediglich unpässlich gewesen sei und dass sich das Ratsmitglied gelegentlich bei der Gemeinderätin für eine neue Terminvereinbarung melden werde. Falls der Termin, noch nicht stattgefunden habe, bitte er die Personen einen Termin zu finden und die Angelegenheit zu regeln. Er bitte die Ratsmitglieder und auch den Gemeinderat, Art. 49 Abs. 1 Geschäftsordnung des Einwohnerrates zu befolgen und zu respektieren. Er bitte die Mitglieder auch, nicht kleinlich zu sein. In der Politik brauche man halt manchmal eine dickere Haut, wobei der Anstand immer gewahrt bleiben sollte.

**Zu diesem Thema findet keine Diskussion statt.**

## **Neueingänge**

---

- 13. Februar 2006: Dringliches Postulat Karin Probst, L2O, und Mitunterzeichnende: Sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und Betagte
- 13. Februar 2006: Dringliches Postulat Jörg Stalder, L2O, und Mitunterzeichnende: Erwerb des Hotel Pilatus als Begegnungsort

## **Rechtskraft**

---

Seit der letzten Sitzung sind keine Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen.

## **Protokoll**

---

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist teilt mit, dass die Ratsmitglieder das Protokoll Nr. 283 der Sitzung vom 26. Januar 2006 noch nicht erhalten haben, da es sehr umfangreich sei und die letzte Sitzung erst drei Wochen zurückliege. Das sei auch der Grund, weshalb das Protokoll noch nicht zugestellt wurde. Das Protokoll werde aber im Verlauf der nächsten Woche zugestellt und an der nächsten Sitzung verabschiedet.

## Traktandum 1

### Ersatzwahl von 2 Urnenbüromitgliedern

---

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass der Gemeinderat Gabriela Palmito-Luthiger, L2O, und Leandra Kuhn, ebenfalls L2O, vorschläge. Er fragt nach, ob es weitere Vorschläge aus dem Rat gebe. Dies sei nicht der Fall. Er bittet Frau Ratsweibel, die Wahlzettel auszuteilen.

#### Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

- Ausgeteilte Wahlzettel	28
- Eingegangene Wahlzettel	28
- Ungültige Wahlzettel	0
- Leere Wahlzettel	0
- Gültige Wahlzettel	28
- Absolutes Mehr	15

Stimmen haben erhalten und sind somit gewählt:

#### Als Urnenbüromitglieder:

Gabriela Palmito-Luthiger, L2O	28
Leandra Kuhn, L2O	28

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist gratuliert Gabriela Palmito-Luthiger und Leandra Kuhn zu ihrer Wahl.

## Traktandum 2

### B + A Nr. 1316: Bauabrechnung Umbau und Anpassungen im Gemeindehaus

---

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass Beat Imboden in den Ausstand treten werde, weil er mit seinem Geschäft direkt konfrontiert sei.

#### Eintreten

Heiri Schwegler hält namens der Geschäftsprüfungskommission (GPK) fest, dass die GPK den vorliegenden B + A Nr. 1316 geprüft habe. Dem Baukredit von Fr. 403'000.00 seien effektive Baukosten von Fr. 410'596.60 gegenüber gestanden. Das ergebe diese Mehrkosten von Fr. 7'596.60. Eine zusätzliche Lüftungs- und Klimaanlage, eine Brandmeldeanlage und eine weitere Brandmeldeanlage, hätten zu diesen Mehrkosten geführt. Die GPK konnte die realisierten Räume und Eingänge besichtigen. Einige GPK-Mitglieder fanden die Gewährung eines Gemeinderatskredites von Fr. 55'000.00 politisch heikel, da der Einwohnerrat das Budget bewusst um Fr. 20'000.00 gekürzt habe. Der Gemeinderat habe sich dies aber gut überlegt und kam zum Schluss, dass die Mehrausgaben begründet und sinnvoll gewesen seien. Die GPK habe den Buchungsnachweis überprüft und dieser sei korrekt gewesen. Die GPK habe dem vorliegenden B + A einstimmig zugestimmt und sei für Eintreten.

Erhard Kälin führt im Namen der Bau- und Verkehrskommission (BVK) aus, dass sie den B + A Nr. 1316, Bauabrechnung Umbau und Anpassungen im Gemeindehaus, an der letzten Sitzung, geprüft und verschiedene Arbeiten auch vor Ort angeschaut hätten, durch kundige Führung von Kurt Vogel. Im Wesentlichen ging es darum zusätzliche Büroflächen, Ausbau der Kellerräume zu Archiv- und Abstellräumen sowie Anpassungen von elektrischer Verteilung und Renovation der Autoeinstellhalle zu schaffen. Zum Umbau gehören unter anderem auch, die beiden häufig genutzten Sitzungszimmer 014 und 015. Im Verlauf der Bauphase konnten Arbeiten günstiger vergeben werden. Dadurch war der Einbau einer am Anfang nicht vorgesehen flexiblen Schiebetrennwand möglich. Dank einfachen Handgriffen sei es heute möglich, je nach Bedarf, ein grosses Sitzungszimmer oder zwei kleine zur Verfügung zu haben. Das Anbringen dieser Trennwand sei sehr nützlich und positiv. Aus Sicherheitsgründen sei durch die Gebäudeversicherung eine Notausgangstüre eingebaut worden. Der Zugang der Autoeinstellhalle in das Gemeindehaus sei mit einer automatischen Schiebetüre ebenfalls neu

gemacht worden. Ein Teil der Nebenräume sei mit Gitterwänden unterteilt worden, für die Nutzung des Steueramtarchivs und für gelagertes Büromaterial der Gemeindeverwaltung. Es werde festgehalten, dass diese Umbauten und Anpassungen sehr sinnvoll und in vertretbarer Weise ausgeführt worden seien. Die Bau- und Verkehrskommission habe beschlossen, in Zukunft mehr detailliertere Angaben über die Bauabrechnung zu erhalten, insbesondere mehr Transparenz. Mehrausgaben, Minderausgaben, Einsparungen und zusätzliche Investitionen sollen mit den Namen der jeweiligen Unternehmungen, welche die Arbeiten ausführen konnten, ersichtlich sein. Die Bau- und Verkehrskommission sei für Eintreten.

Reto Deschwanden hält im Namen der CVP-Fraktion fest, der Umbau und die Anpassungen des Gemeindehauses seien im B + A Nr. 1282 im Jahr 2004 beschlossen worden. Nun liege die Bauabrechnung vor. Die CVP-Fraktion sei sehr erfreut über die gute Bauabrechnung des Umbaus im Gemeindehaus. Der Entscheid vom Gemeinderat, den Gemeinderatskredit von Fr. 55'000.00 für den neuen Zugang von der Garage in das Untergeschoss zu sprechen, habe die CVP-Fraktion sehr begrüsst. Der Eingang ermögliche nun einen direkten Zugang von der Garage in das Gemeindehaus. Dieser werde heute vom Personal und der Bevölkerung rege genutzt. Der Kostenvoranschlag von Fr. 403'000.00 sei im Grossen und Ganzen gut eingehalten worden. Die Mehrkosten seien im Verhältnis sehr gering und berechtigt. Der Umbau des Gemeindehauses sei als gelungen und sehr sinnvoll zu betrachten. Dies könne er aus eigener Erfahrung sagen, da er schon einige Sitzungen in den neuen Sitzungszimmern besuchte. Die CVP-Fraktion möchte allen Beteiligten grossen Dank für die vollbrachte Arbeit aussprechen. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Annahme des vorliegenden B + A Nr. 1316.

Roger Jenni hält im Namen der FDP-Fraktion fest, die Bauabrechnung sei eine Rechtfertigung eines bewilligten Projekts, welches in diesem Umfang entspreche, wie sie es sich vorgestellt hätten. Die zusätzlichen Mehrkosten von Fr. 55'000.00, welche der Gemeinderat in eigener Kompetenz entschieden habe, machten Sinn und seien nachvollziehbar. Er möchte nicht mehr gross vorreden und wiederholen. Es sei im Grossen und Ganzen eine gelungene Sache. Die FDP-Fraktion sei für Eintreten.

Brigitte Germann-Arnold erklärt im Namen der L2O-Fraktion, dass auch sie die funktionalen Räume gut finden. Sie hoffen aber, dass der freundlichere, hellere und grössere Eingang von der Tiefgarage in das Gemeindehaus keine Anreize schaffe, nur noch mit dem Auto in das Gemeindehaus zu kommen.

Robert Odermatt erklärt namens der SVP-Fraktion, dass die Arbeiten inklusive Arbeiten vom Nachtragskredit sehr sinnvoll gemacht worden seien. Die SVP-Fraktion sei einstimmig für Eintreten und Annahme des B + A Nr. 1316.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi bedankt sich im Namen des Gemeinderates für die gute Aufnahme und die Worte, welche im Vorfeld bereits gehört worden seien. Sie möchte in diesem Zusammenhang auch den zuständigen Mitarbeitenden, welche für die Ausfertigung der Beschlüsse, die dem Rat vorgelegt worden seien, danken. Diese können wirklich als funktional und gelungen bezeichnet werden.

### **Detailberatung**

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmung**

Die Abrechnung über Umbauarbeiten im Gemeindehaus, Renovation der Autoeinstellhalle und Ausbau der neuen Kellerräume, mit Gesamtkosten von Fr. 410'596.60 und Mehrkosten von Fr. 7'596.60 wird mit 27 : 0 Stimmen genehmigt.

### **Traktandum 3**

#### **B + A Nr. 1320: Planungsbericht Sozialkonzept und Sozialplanung**

---

### **Eintreten**

Silvia Simoes-Bolliger hält im Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) fest, dass der B + A Nr. 1299, welcher im Herbst 2004 durch das Parlament an den Gemeinderat zurückgewiesen worden

sei, und der Schlussbericht von der Sozial- und Heimkommission vom 15. Januar 2003 nun die Ausgangslage vom jetzt vorliegenden B + A Nr. 1320 bilde. Dass der Einwohnerrat mit der Rückweisung im Herbst 2004 richtig gehandelt habe, zeige nun die Qualität und Aussagekraft vom jetzt vorliegenden Bericht und Antrag mit dem zusätzlichen Papier. Neu sei das Dokument "Sozialplanung des Sozialdepartements der Gemeinde Horw für Legislaturperiode 2005 - 2008". Dieses sei ganz neu erstellt worden. Darin enthalten seien Planungs- und Umsetzungstabellen. Weiter im Anhang seien auch die Jahresberichte auf Basis von 2004 verschiedenen Fachstellen enthalten. Das Dokument stelle eine breite Information über das Sozialwesen sicher. Sie bedanke sich bei Oskar Mathis und seinen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit. Die Rückweisung durch das Parlament und unsere damit verbundenen Forderungen habe den Sozialbereich der Gemeinde Horw dazu bewogen, sich selber einmal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen und über Koordinations-, Steuerungs- und Controllingprozesse nachzudenken und diese auch in Gang zu setzen. Welche von den in die Planung aufgenommenen Massnahmen schlussendlich dann wirklich realisiert werden, sei eine politische Diskussion, welche dann jeweils in den Budgetdebatten geführt werden. Die GPK habe die politische Wertung dieses B + A's eigentlich vernachlässigt. Man habe diesen B + A zusammen mit dem Sozialvorsteher Oskar Mathis sehr ausführlich besprochen. Aus organisatorischer und finanzieller Sicht habe die GPK ein paar Feststellungen zu machen: Es sei auffallend, dass erstens im Sozialbereich relativ viele Stellen vorhanden seien und diese zweitens mit vielen Personen in einem Teilzeitpensum besetzt seien. Die Vernetzung scheint dann auch ein wichtiges Anliegen, oder man könnte vermutlich auch sagen, ein Problem zu sein. Es stelle sich die Frage, ob bei der momentanen Organisation und personellen Besetzung der Aufwand für die Koordination nicht unverhältnismässig hoch sei, dass heisse, viel Zeit und Geld damit verpufft werde, statt effiziente oder effektive zu nutzen. Im Jahresbericht der Sozialen Beratungsdienste sei nachzulesen, dass die Ressourcen knapp seien und deshalb der Anspruch auf fachlich vertretbare Qualität auf ein Minimum reduziert worden sei. Da bleibe die Frage unbeantwortet, wie dramatisch die Situation wirklich sei und wie man Abhilfe schaffen könnte. Die GPK denke beispielsweise an Prozessoptimierungen, Case-Management, Verlagerung von Schwerpunktfeldern. Die Zielsetzungen seien für sie in einzelnen Bereichen teilweise fragwürdig. Beispielsweise setze sich die Familie Plus zum Ziel, dass im Sternengärtli ein Brunnen installiert werde. Man finde, dass sei kein Auftrag, die diese Stelle zu bearbeiten habe und wecke bei ihnen den Eindruck, dass sich diese Stellen ihre Ziele irgendwie selber setzen. Man frage sich deshalb, ob diese Stellen geführt werden oder sie sich selber führen. Aufgefallen sei ebenfalls, dass im Alters- und Pflegeheim Kirchfeld im Bereich Pflege der Anteil von Fachpersonal per Ende 2005 um 43 % gesteigert werden konnte. Das sei sehr positiv. Damit sei das Ziel, welches man sich gesetzt habe, praktisch erreicht und sie seien der Meinung, da wäre nun ein Auge darauf zu richten, dass diese Zahl nicht überschritten werde. Dann wurde ebenfalls noch festgestellt, dass der Jahresbericht künftig spätestens bei der Rechnungsablage bei der GPK verfügbar sein sollte. Es sei nicht geplant, dass alle Jahresberichte an alle Einwohnerratsmitglieder verschickt würden, sie aber auf Anfrage hin erhältlich seien. Die GPK sei einstimmig für Eintreten.

Heiri Niederberger stellt im Namen der CVP-Fraktion fest, dass an der Novembersitzung 2004 ein erster B + A erhalten worden sei und darüber befunden, dass dieser wohl gute Grundlagen biete, aber den Namen einer Sozialplanung nicht ganz verdiene. Massgebliche Aspekte wie Zielsetzungen und Massnahmen, Controlling und auch Aussagen zu den Finanzen fehlten. Mit dem vorliegenden B + A sei die CVP-Fraktion der Meinung, sei der Gemeinderat dem Auftrag in inhaltlicher, transparenterer und informativer Form gefolgt. Namentlich in den Bereichen Ressourcen und Personalplanung, Steuerungs- und Controllinginstrument sowie Stossrichtungen und Massnahmen seien wesentliche Aussagen vorliegend, die letztendlich auch die finanziellen Folgen aufzeigen könnten. Das mit diesem vorliegenden B + A die Arbeit nicht aufhöre, verstehe sich von selbst. Das Ziel, nur soviel Leistungen als nötig anzubieten, müsse konsequent weiterverfolgt werden. Mit dem vorliegenden Sozialkonzept könne sich unsere Gemeinde auf ein starkes Sozialnetz berufen. Es sei wichtig, dass vor allem Leute in Engpässen oder die unverschuldet auf die Schattenseite des Lebens geraten seien, Halt und Unterstützung finden. Als Bürger habe man aber auch die Pflicht und Eigenverantwortung, dass möglichst wenige in dieses Netz fallen. Erst dann können wir effektiv stolz auf unser Sozialstaat sein. Insofern sei man in der Diskussion der CVP-Fraktion ganz klar der Meinung gewesen, dass Massnahmen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe noch stärker forsiert werden müssen. Es soll vor allem interessant sein, das Sozialwesen möglichst wenig zu belasten. Es werde auch festgestellt, dass die Bewertung gewisser Massnahmen im Moment noch relativ problematisch seien, weil sie zum Teil erst kurz im Einsatz seien und aussagekräftige Resultate im Sinne auch von Steuerungserfolg noch nicht vorliegen. Eine kleine Kritik zum Schluss, das Layout, das einheitliche Erscheinungsbild von diesen einzelnen Abteilungsberichten lasse etwas zu wünschen übrig. Unter den Studenten sage man zu so etwas "es komme etwas Handgestrickt daher". Es sei vor allem von der Leserlichkeit und der Vergleichbarkeit relativ schwierig, diese Berichte eigentlich in einer breiteren Form zu vergleichen. Das tut

dem Inhalt grundsätzlich nichts ab und vor allem für die Arbeit, welche die Leute im täglichen Leben leisten, möchte sich die CVP-Fraktion herzlich bedanken. Die CVP-Fraktion sei einstimmig für Eintreten.

Beatrice Buholzer-Stierli erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass sie sich den bereits erwähnten Aussagen ihrer Vorredner anschliessen. Es sei ein vielseitiges, interessantes Papier, aus welchem ersichtlich sei, wie umfangreich das ganze Sozialwesen sei. Die verschiedenen Tätigkeitsberichte seien ein gutes Arbeitsinstrument, um über das vergangene Jahr ein Einblick zu erhalten, ob die gefassten Ziele erreicht wurden. Daraus könne für das kommende Jahr wieder neue Ziele erarbeitet werden und Ressourcen sinnvoll ein- und umgesetzt werden. Eine effiziente Führung, eine sinnvolle Kontrolle und eine gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen sei nötig, um Leerläufe oder Ausnützung verhindern zu können. Für die FDP-Fraktion sei klar, dass es gesetzliche Rahmenbedingungen bei der Finanzierung der Sozialhilfe gebe. Trotzdem seien sie für eine sinnvolle Abgabe der Sozialhilfe oder Unterstützung der Sozialhilfeempfänger. Die kommenden Jahre werden unser Sozialwesen finanziell noch stärker belasten. So dürfe der Rahmen nicht zu weit gesteckt werden, damit die Finanzen unter Kontrolle gehalten werden können. Es sei einfacher etwas zu geben, als später wieder etwas zu streichen oder zu nehmen. Es sei ihnen ebenfalls klar, dass es nicht einfach sei, einen klaren Kurs zu fahren, da es ja um Menschen in einer sozialen Notlage gehe. Persönlich gehe einem solche Einzelschicksale mehr an das Herz. Ebenfalls sinnvoll sei es, die Eigeninitiative vom Hilfesuchenden zu fördern und gut zu unterstützen. Wie man bereits von Heiri Niederberger hörte "Hilfe zur Selbsthilfe". Die FDP-Fraktion danke dem Sozialvorsteher Oskar Mathis und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der verschiedenen Bereichen des Sozialamtes, ganz herzlich für die nicht immer ganz einfache, gut geleistete Arbeit. Die FDP-Fraktion sei für Eintreten und Kenntnisnahme.

Karin Probst erklärt im Namen der L2O-Fraktion, dass sie umfassend über den vorliegenden Planungsbericht mit seinen ergänzenden Beilagen, über die Grundanliegen der Sozialpolitik und der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, informiert werden. Das seit 1987 bestehende Sozialkonzept sei an die neuen Rahmenbedingungen adaptiert und angepasst worden. Unter anderem auch an die für immer mehr Horwer und Horwerinnen schwieriger werdende wirtschaftlichen Bedingungen. Die Einsicht habe in der Gemeinde Platz und es lasse sich an der Zunahme der Unterstützungsanträge ablesen. Um so unverständlicher die Unterlassung der von der Fachkommission geforderten Stellenanpassung, zumal für die nächsten Jahre keine Trendwende absehbar sei. Um dem zusätzlichen Leistungsauftrag in der Koordinations- und Sozialplanung trotzdem gerecht zu werden, habe man eine Umlagerung vorgenommen. Konkret sei bei der Jugendarbeit 20 % gekürzt worden. Die soziokulturelle Animation habe ein 120 % Stellenpensum und erledige alle administrativen Arbeiten selber. Das stehe im Gegensatz zu dem im 1997 von der Gemeinde in Auftrag gegebene Grundlagenbericht für "Neukonzeption der Jugendarbeit". Darin sei eine Empfehlung für 140 bis 150 Stellenprozente, mit zusätzlicher Delegation der administrativen Arbeit an ein Sekretariat, abgegeben worden, welche heute bei weitem unterschritten werden. Dieser Umstand gelte es im Auge zu behalten. Dies gelte auch für die Sozialberatung, weil Überlastung führe in den allerseltensten Fällen zur Qualitätssteigerung. Noch habe die L2O-Fraktion die Stimmen der Zukunftskonferenz im Ohr, an welcher der Jugend und ihrer Zukunft ein grosses Gewicht beigemessen wurde. Positiv sei, dass durch unseren Sozialvorsteher die überfällige Aktualisierung und Überprüfung endlich angegangen wurde, die Kommission aktiviert und in die Arbeit partizipativ integriert worden sei. Unsere familienfreundliche Gemeinde habe ein Planungsinstrument in der Hand, dass einfach gestützte und parteiübergreifende Bemühungen die soziale Verantwortung wahrnehmen und die bescheidenen Ressourcen optimal nutzen und somit anschaulich dokumentiert. Es seien Zielgruppenspezifische Verantwortlichkeiten und ein neues Führungsinstrument geschaffen worden. Die seit 1987 geplante Vereinszusammenführung wurde endlich realisiert. Die L2O danke allen Beteiligten für ihre Bemühungen und sei für Eintreten und Kenntnisnahme.

Alwin Larcher hält im Namen der SVP-Fraktion fest, dass das Parlament im letzten Herbst eine erste Variante von diesem Planungsbericht zurückgewiesen habe. Sie seien für das hart bestraft worden. Man lege ihnen nun nämlich etwa doppelt soviel Papier vor. Da stünden wieder viele Sachen drin, abgefasst im schönsten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter "Jargon". Soviel Papier rufe natürlich, das habe man von seiner Vorrednerin gehört, nach Expansion und Kostenexplosion und dies sei etwas, dass zum jetzigen Zeitpunkt weder wünschbar noch notwendig sei. Alle zusammen haben den Tätigkeitsbericht 2004 vom Büro für Jugendfragen und soziokulturelle Animation gelesen. Was daraus hervor gehe sei erstens, eine beträchtliche Hilflosigkeit im Zusammenhang mit dem Aufgabenkreis und dann sehe man da auch, dass die Bedürfnisse regelrecht geschaffen würden. Es werde in diesem Bereich, er schliesse das Alters- und Pflegeheim hier aus, vor allem vernetzt und koordiniert und je

mehr Leute man anstelle, mit welchem Pensum auch immer, werde es noch schlimmer. Für die eigentliche Arbeit bleibe selbstverständlich in dem Moment weniger Platz. Nur schon der Umfang dieses Berichts unterstütze das, was er jetzt gesagt habe. Die SVP-Fraktion sei für Eintreten und anschliessend für sofortiges vergessen und Übergang zu einer realistischen Konzeption.

Sozialvorsteher Oskar Mathis führt im Namen des Gemeinderates aus, dass man es nie allein machen könne, das habe man jetzt mit dem Schlussvotum gehört. Aber die Mehrheit des Rates habe den zweiten Bericht und Antrag entgegengenommen und gesehen, dass dies ein sinnvolles Planungsinstrument sei. Sie haben auch festgestellt, dass damit eine höhere Aussagekraft besteht, die nötigen Tabellen seien vorhanden und sie können sich als Rat orientieren und schlussendlich den Sozialbereich wieder daran messen. Das Planungsinstrument sei, wie es richtig festgestellt werde, sicher nicht abgeschlossen, sondern man werde dauernd wieder von neuen sozialen Fragestellungen herausgefordert und es sei leider so, dass immer mehr Leute auf die wirtschaftliche Sozialhilfe in der Gemeinde Horw angewiesen seien. Obwohl diese verschiedenen Teilzeitstellen geschaffen wurden, denke er, dass seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich sehr intensiv einsetzen und auch den Auftrag sehen, dass sie den sozial Schwächeren helfen müssen und sich in diesem Sinne dafür einsetzen, dass dann nicht mit Vernetzung und Koordination viel Zeit flöten gehen könne. Er möchte, dass seien sich seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst, und sie interpretieren ihre Arbeit sicherlich nicht dahin. Wie dramatisch es dann sei, mit der Sozialhilfesteigerung, müsse er schon sagen, dass ja ein Stellenstopp vorhanden sei, aber dass es so sei, dass sie immer mehr Sozialhilfesuche haben und diese steigen unverhältnismässig gegenüber anderen Jahren. Man habe natürlich auch die nötigen Massnahmen eingeleitet, indem man Prozessoptimierungen mache und dass man sich auch wieder nach den neusten Erkenntnissen, der Sozialarbeit, die Fallsteuerung jetzt angegangen und per 1. April in Kraft treten werde. Obwohl man mit dieser neuen Fallsteuerung hoffe, dem Arbeitsauftrag gleich gerecht zu werden und für unsere schwachen Mitbürgerinnen und Mitbürger das nötige Angebot sicher zu stellen. Der Brunnen im Sternengärtli sei ein Projekt gewesen, das zwischen der Fachstelle Familie Plus und den Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohnern in einem Prozess entstanden und gewünscht worden sei. Er wurde im Sinne der Gemeinwesenarbeit angegangen. Betreffend der Eigenverantwortung ist es klar, dass dies das "A" und "O" im Sozialwesen sei. Es gehöre auch zum Grundsatz der Sozialarbeit, dass es immer darum gehe, Hilfe zur Selbsthilfe zu erwirken. Sicher werde man die Eigeninitiative weiterhin unterstützen, aber leider sei es so, dass man mit Leuten zu tun habe, welche nicht mehr soviel Eigeninitiative, Know-How oder Kraft mitbringen, so dass diese Unterstützung bräuchten. Aber es sei sicher so, dass man immer das Ziel habe, dass sie schlussendlich ihr Leben wieder selber in die Hände nehmen können. In diesem Sinne können sie sicher davon ausgehen, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialwesen gefordert werden. Was die Stellenanpassung betreffe, die von der L2O moniert worden sei, müsse er sagen, dass der Gemeinderat einen Stellenstopp beschlossen habe. Es lag auch ein Antrag von der Kinder- und Jugendkommission um eine Stellenerhöhung vor. Auf diesen sei nicht eingetreten worden. Die Kinder- und Jugendkommission sei auf das Leitbild vertröstet worden, das jetzt leider vom Rat abgelehnt wurde. Dann hätte geschaut werden können, ob die zusätzlichen Ressourcen nötig seien oder nicht. Es sei halt so, dass andere Einwohnerräte, dies so sehen, dass man mit den Ressourcen sorgfältig umgehe. Was den Jahresbericht angehe, sei er froh, dass man jetzt eine ausführliche Information abgeben konnte. Man sei bereit, ihnen diese zugänglich zu machen. Es sei natürlich so, dass der Gemeinderat den Jahresbericht genehmige und somit die Kontrolle der Verwaltung sichergestellt sei. Das Ganze betreffend Layout und der Vergleichbarkeit sei erkannt, er nehme die Kritik entgegen. In diese Richtung könnte eine Verbesserung gemacht werden. Es sei jetzt auch nicht so, dass in der Jugendarbeit Bedürfnisse geschaffen werden, sondern es sei ganz klar, dass diese Leute ihren Auftrag erfüllen, den sie gemäss Stellenbeschreibung haben. Man habe einen Jugendtreff, wo man Jugendlichen die Möglichkeit schaffe, einen Begegnungsort zu haben und diesen auch unterschiedlich nutzen können, in Begleitung oder ohne Begleitung. Man könne natürlich nicht sagen, wenn man dies nicht zur Verfügung stellen würde, wie auch das niederschwellige Beratungsangebot im Büro für Jugendfragen, was wir dann vielleicht für Schwierigkeiten mit Jugendlichen in unserer Gemeinde hätten. So könne man feststellen, dass man nicht so grosse Gewaltprobleme habe, wie man das von anderen Gemeinden höre. Er möchte es natürlich nicht unterlassen, den Dank an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuleiten, sowie der Sozial- und Heimkommission, die mitgeholfen haben, diesen neuen Planungsbericht zu machen und immer ein waches Auge über die Entwicklung im Sozialwesen haben. In diesem Sinne danke er für die gute Aufnahme und stehe weiterhin für Fragen zur Verfügung, wenn anschliessend der Bericht genauer beraten werde.

Silvia Simoes-Bolliger möchte klar stellen: Oskar Mathis habe gesagt, dass das Leitbild vom Rat abgelehnt worden sei. Wer in der Budgetdebatte richtig zugehört habe, bekam mit, dass dieses Leitbild

begrüsst werde, aber die Finanzierung durch fremde Hilfe, welche Fr. 20'000.00 gekostet hätte, nicht guttierte haben. Das Leitbild werde gewünscht, aber in eigener Erarbeitung.

Sozialvorsteher Oskar Mathis bekräftigt, dass es so sei. In der Hitze des Gefechtes sei es möglicherweise falsch festgestellt worden. Man müsse präzisieren: Der Gemeinderat habe damals gesagt, dass er, weil er davon ausgegangen sei, dass von Aussen ein Leitbild gemacht werde ein verlässlicher Hinweis habe, auf die Frage, ob die Stelle ausgebaut werden solle und dies nicht von der Verwaltung selber vorgeschlagen werden könne.

### **Detailberatung**

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist macht darauf aufmerksam, dass der Planungsbericht heute nur zur Kenntnis genommen werde gemäss Art. 65 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates. Man könne danach wohl eine Bemerkung anbringen, welche Feststellungen und Anregungen enthalten. Anträge seien jedoch nicht möglich.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass zuerst das Dokument Sozialplanung des Sozialdepartements der Gemeinde Horw für die Legislaturperiode 2005 - 2008 durchgegangen werde.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt nach, ob beim Schlussbericht der Sozial- und Heimkommission eine Anmerkung gemacht werden möchte.

Heiri Niederberger möchte wissen, ob die Beilage 4 irrtümlich und nicht willentlich vergessen worden sei.

Sozialvorsteher Oskar Mathis erklärt, dass dies so sei. Die letzte Seite sei nicht kopiert worden. Dies sei nicht willentlich. Es gebe einfach die vier Varianten, welche aufgezeigt wurden. Diese werden bei der nächsten Sozial- und Heimkommission Thema sein. Es sei traktandiert.

### **Detailberatung B + A Nr. 1320 Planungsbericht Sozialkonzept und Sozialplanung**

#### **Abstimmung**

Vom Planungsbericht Sozialkonzept und Sozialplanung wird mit 20 : 0 Stimmen zur Kenntnis genommen.

### **Traktandum 4**

#### **Verordnung über die Sitzungsgelder und Entschädigungen der Mitglieder des Einwohnerrates**

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, nachdem der Rat an der Budgetberatung vom 26. Januar 2006 die Parteientschädigung erhöht habe, müsse nun auch die dazugehörige Verordnung verabschiedet werden. Die Verordnung werde Punkt für Punkt durchgegangen.

Esther Jost weist darauf hin, dass dieses Papier aufgrund der Sitzung vom 26. Januar 2006 nun besprochen werde. Die L2O-Fraktion habe damals schon, beim Antrag der GPK, bei der Budgetdebatte signalisiert, dass sie sich von diesem Vorgehen distanzieren möchte. Es sei ihnen klar, dass die meisten Ratsmitglieder im Saal diesen Betrag erhöhen möchten, weil das sicher eine wertvolle Arbeit sei, welche von den Parteien geleistet werde. Für sie sei dieses Signal gleichzeitig damit verbunden, dass man beim Jugendleitbild die externe Begleitung gestrichen habe. Ebenso den Teuerungsausgleich bei den Gemeindeangestellten. Dieses Vorgehen stimme für sie einfach nicht überein. Sie werden darauf verzichten einen Antrag zu stellen, dafür die Verordnung klar ablehnen. Sie werden sich der demokratischen Mehrheit fügen, aber nochmals klar signalisieren, dass dies für sie nicht aufgehe.

#### **Abstimmung**

Die Verordnung über die Sitzungsgelder und Entschädigungen der Mitglieder des Einwohnerrates wird mit 20 : 7 Stimmen gutgeheissen.

## Traktandum 5

### Dringliches Postulat Nr. 571/2006 Jörg Stalder, LZO, und Mitunterzeichnende: Erwerb des Hotel Pilatus als Begegnungsort

---

- " - Horw Zentrum an der neu gestalteten Kantonsstrasse soll belebt werden.
- Das Hotel Pilatus an zentralster Lage soll verkauft werden (NLZ 2.2.06).
- Die Zukunftskonferenz von Ende Januar ([www.horw.ch/news](http://www.horw.ch/news)) verlangt Begegnungsorte für die Bevölkerung sowie mehr Grünflächen im Horwer Zentrum.

Das sind Fakten, die klar für einen Erwerb des Hotels Pilatus durch die Gemeinde sprechen. Mit dem Kauf des denkmalgeschützten Hauses könnte die Gemeinde gleich in mehrfacher Hinsicht profitieren:

1. Das Haus bildet einen zentralen Übergang vom neuen zum historischen Dorfkern von Horw. Würde das Haus zum Eigentum der Gemeinde, könnte das historische Ortsbild über Jahrzehnte hinweg geschützt werden.
2. Das Haus verbessert mit seinem Umschwung die gewünschte Durchgrünung des Zentrums. Auf die nach gültigem Zonenplan mögliche Zusatzbauten im hinterliegenden Bereich könnte zum heutigen Zeitpunkt verzichtet werden. Die nicht ausgeschöpfte Ausnützung steigert die Qualität des bestehenden Gebäudes und der umliegenden Geschäfts-, Wohn- und Begegnungsbereiche.
3. Das Haus bietet der Gemeinde die einmalige Gelegenheit an zentralster Stelle einen Begegnungsort zu schaffen. Gemeindeempfänge, Gemeindegalerie, Kulturhaus, Kinderbetreuungsangebote, Treffpunkt für Vereine, Parteien und andere Gruppierungen - Ideen, die sich in diesem Haus mit einem durchdachten Nutzungskonzept realisieren lassen.

Die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität eines solchen Projekts ist das Eine. Der ideelle Wert, welcher sich mit dem Erwerb für die Gemeinde ergeben würde, ist in diesem Falle jedoch ein weit wichtigerer Faktor. Die Gemeinde Horw sollte sich diese Chance nicht entgehen lassen.

Deshalb ersuchen wir den Gemeinderat, unverzüglich mit der Besitzerfamilie in Kontakt zu treten und Kaufsverhandlungen aufzunehmen."

Jörg Stalder erläutert seinen dringlichen Vorstoss: Das Hotel Pilatus sei allen bekannt. Es sei ein Dorf prägendes Gebäude. Für ältere Leute sei es ein Haus mit einer grossen Geschichte, und sie haben viel darin erlebt. Für "Neuhorwer" sei dies ein häufiger Diskussionspunkt. Man werde häufig darauf angesprochen, weshalb die aktuelle Nutzung des Hauses mit einem lebendigen Zentrum zu tun habe. Bei diesem Haus sei ja definitiv eine Veränderung im Gang. Eine von zwei internationalen Schule werden ihr Lokal eröffnen. Wie aus der Zeitung entnommen werden konnte, werde sich die Schule einmieten. Vor drei Wochen habe in Horw die Zukunftskonferenz stattgefunden. Er sei kein Teilnehmer gewesen, aber er habe sich im Internet darüber informiert. Die Ergebnisse habe man ja sehr schnell anschauen können. Und dort sei unter anderem eine Suche nach Begegnungsorten festgehalten worden. Und nun soll das Hotel Pilatus, welches total zentral liege, gemäss Bericht der NLZ vom 2.2.2006, verkauft werden. Im Dorf sei der Kauf des Hotels schon lange ein Thema. Man habe schon oft darüber geredet. Nach unseren Betrachtungen haben sich in den letzten Wochen ein paar Punkte geklärt, dass sie zu diesem Vorstoss bewogen habe. Die Gemeinde könne mit dem Kauf dieses Hauses, verschiedene Trends oder Anliegen abdecken. Einerseits könne sie den historischen Dorfkern sichern, der ja mit dem Bereich des neuen Dorfkerns abgetrennt wurde. Dann könne das Haus mit seinem Umschwung zur besseren Begrünung des Horwerzentrums führen, indem man auch die Nutzungsreserve darauf besser ausnütze. Es biete sich die einmalige Gelegenheit, an zentralster Stelle den geforderten Begegnungsort zu schaffen. Das Argument der Kosten werde sicher kommen, er erwarte dies. Er möchte dem nur entgegen halten: Mit einem Postulat werde der Gemeinderat lediglich verpflichtet, Überlegungen oder ein Bericht und Antrag zu diesem Thema zu unterbreiten oder auch der Besizerschaft das Interesse der Gemeinde klar darzulegen. Am Schluss entscheide trotzdem der Einwohnerrat, ob der Preis nicht doch zu hoch sei oder die Nutzung allenfalls nicht zusage. Falls beides stimme, könnte der Einwohnerrat einem Kauf zustimmen.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein erklärt, dass sich der Gemeinderat wie auch der Einwohnerrat schon früher sehr intensiv von einem möglichen Kauf oder einer Neunutzung dieser Liegenschaft befasst habe. Schon dannzumal seien die sehr guten Ideen im Raum gestanden, welche auch jetzt wieder im Postulat aufgeführt würden. Aber leider sei es tatsächlich so, dass die hohen Investitionskosten gegenüber den guten Ideen schlecht stünden. Auch die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität

müsse man bei einem solchen Objekt ins Auge fassen. Wahrscheinlich sei der Postulant, wie auch sie vom Gemeinderat, vom Zeitungsartikel vom 14.2.2006 etwas überrascht und überrollt worden. Doch er könne sagen, dass diese besagte Schule nach wie vor grosses Interesse am Standort Horw habe, im Speziellen am Hotel Pilatus. Gemäss dem Investor sei bereits ein Vorvertrag abgeschlossen. Das habe er heute Morgen am Telefon mitbekommen. Einige Details müssen aber noch besprochen werden. Der Gemeinderat will sich im Moment nicht in die Verhandlungen zwischen Verkäufer und Käufer einmischen und stören. Es sei sicher nicht gut, wenn der Staat sich in laufende Liegenschaftsverhandlungen/Verkaufsverhandlungen einmische oder sogar mitmische. Der Gemeinderat sei nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen und ersuche den Rat, dieses Postulat abzulehnen.

Jörg Stalder verlangt Diskussion.

#### **Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.**

Jörg Stalder möchte die Chance, welche man eventuell noch habe, nutzen. Doch scheinbar wisse man aus dem Gemeinderat, dass da doch schon einiges gelaufen sei. Wobei das heisse ja schnell mal, dass Verhandlungen immer laufen und zwar schon seit vielen Jahren. Im Vorstoss wurde klar geschrieben, dass die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität in diesem Hause nicht zu Stande gebracht werden könne. Es gehe mehr um ideelle Werte, welche man sichern möchte. Es sei einfach eine einmalige Chance. Das müsse man sich bewusst sein. Und wie gesagt, mit einem Bericht und Antrag wäre immer noch die Möglichkeit da, einzugreifen. Es möge ein Signal an die laufenden Verhandlungen sein, dass die Gemeinde grundsätzlich ein Interesse habe. Er empfehle, dieses Signal heute auszusenden.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass der Gemeinderat nicht bereit sei, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Es wird darüber abgestimmt.

#### **Abstimmung**

Antrag der L2O-Fraktion, das Postulat Nr. 571/2006 "Erwerb des Hotel Pilatus als Begegnungsort" überweisen, annehmen.	7 Stimmen
Antrag Gemeinderat, das Postulat Nr. 571/2006 "Erwerb des Hotel Pilatus als Begegnungsort" nicht überweisen, annehmen.	18 Stimmen

**Das Postulat Nr. 571/2006 "Erwerb des Hotel Pilatus als Begegnungsort" wird nicht überweisen.**

#### **Traktandum 6**

#### **Postulat Nr. 563/2005 Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Enteignungsverfahren Kanton Luzern gegen 20 Grundeigentümer im Gebiet Hinterbachstrasse und Rämsweg**

"Grundeigentümer im Gebiet Hinterbachstrasse und Rämsweg besitzen auf Grundstück 1005 im Bereich der Ennethorwer Bucht ein Seezugangs- und Baderecht. Im Zusammenhang mit den Neubauten der A2 hat der Kanton Luzern 1995 ein Enteignungsverfahren gegen diese Grundeigentümer eingeleitet. Am 25. April 1996 fand eine Einigungsverhandlung statt, bei welcher es jedoch zu keiner Einigung kam. Aus unerklärlichen Gründen erhielten die Teilnehmer kein Protokoll dieser Verhandlung. Seit der gescheiterten Einigungsverhandlung haben die Horwer Bürger nichts mehr von diesem Verfahren gehört. Demzufolge ist dieses Verfahren bis heute offen; dennoch hat der Kanton die fragliche Parzelle einfach in Beschlag genommen. Dass eine solche Vorgehensweise in unserem Rechtsstaat möglich ist, lässt schon etwas aufhorchen. Die zuständige Präsidentin der Eidg. Schätzungskommission 9. Kreis, Frau Dr. Carla Wassmer, hat es zudem nicht für notwendig befunden, einen eingeschriebenen Brief der Betroffenen vom 19.6.2001 hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Angelegenheit zu beantworten, was den Verdacht auf Versäumnisse und nachlässige Geschäftsführung erweckt. Die Bauarbeiten im erwähnten Gebiet sind bereits weit fortgeschritten, und eine zügige Klärung der Situation drängt sich nunmehr auf. Derzeit wäre es möglich, den Betroffenen Grundeigentümern auf einem nahe gelegenen Areal einen gleichwertigen Realersatz anzubieten. Wir ersuchen den Gemeinderat, sich mit Nachdruck für die Grundeigentümer einzusetzen und umgehend die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit diese Chance nicht verpasst und das Verfahren endlich abgeschlossen werden kann."

Robert Odermatt erläutert sein Postulat: An der Juni Sitzung vom letzten Jahr habe man das Postulat von Brigitte Germann-Arnold, Nutzung und Schutz vom Westufer Horw, behandelt. Bei der Behandlung dieses Traktandums, seien diverse Voten gefallen, die ihn etwas hellhörig gemacht hätten und nun schlussendlich zu seinem Postulat geführt haben. Das Quartier Hinterbach sei nach Ende des 2. Weltkrieges gebaut worden. Beim Verkauf dieser Parzellen und Häuser an die neuen Eigentümer hatten die Eigentümer gleichzeitig ein Servitut erworben. Zwar habe das Servitut ein Seezugangs- und Benützungsrecht, der Inhaber. Er habe eine Kopie erhalten, Stadtanzeiger von 1945. Daraus sei zu entnehmen: "Ihr Eigenheim, an schöner Lage mit Ausblick auf See und Berge, freier Seestrandanteil und Bootshaus", das sei im Verkaufsinserat als Pluspunkt ausgewiesen worden und mit den damaligen Käufer so vereinbart worden. Das Ganze sei nicht nur ein Verkaufsschlager im Inserat gewesen, sondern habe das Ganze schlussendlich, bei praktisch allen Grundeigentümern vom Quartier Hinterbach niedergeschlagen, dass bei den jeweiligen Häuser, eine solche Dienstbarkeit eingetragen wurde. Da habe man gleich beim ersten Punkt: Wer habe ein Recht an der Parzelle Nr. 1005, Fussweg von 2,5 m breite und am Schluss nochmals ein Recht, ein Seezugangsrecht zu Lasten Nr. 618, das sei die zweite Parzelle, welche er vorher aufzeigte. Es seien da nicht nur Rechte verbrieft worden, sondern gleichzeitig habe man die Servitutnehmer auch zu 1/27 Unterhalt zu der Hausparzelle verpflichtet. Die Käufer haben damals Rechte und Pflichten übernommen. Auf einem Foto sehe man sogar noch eine Gebäudeversicherungsnummer. Insider wissen, dass wenn ein Objekt eine Gebäudeversicherungsnummer trage, dies irgendwann mal auch bewilligt worden sei. Obwohl die Parzellen privat genutzt wurden, habe sich auch die Natur ihren Platz geholt und man hatte anscheinend ein friedliches miteinander. Die Idylle habe ungefähr 50 Jahre angedauert. Bis dann im Herbst 1995 der Kanton Luzern ein Enteignungsverfahren eingeleitet habe. Mit Entscheid vom November 1995 habe die eidgenössische Schätzungskommission ein abgekürztes Verfahren bewilligt. Gegen diesen Entscheid habe niemand einen Einwand gehabt. Der Entscheid habe lediglich ausgesagt, dass die ganze Übernahme nicht öffentlich mit einer Planaufgabe gemacht werden müsse. Die Nutzniesser, die Servitutnehmer, seien bekannt gewesen. Die Schätzungskommission habe gesagt, es müsse nicht öffentlich aufgelegt werden, es reiche, wenn jeder angeschrieben werde. Das sei ein Entscheid vom November 1995 gewesen. Als erster Schritt habe dann im April 1996 eine Einigungsverhandlung im Oberstufenschulhaus Horw, wo auch ein Vertreter der Gemeinde anwesend war, stattgefunden. Man habe den rund 20 Servitutnehmer als Ersatz für ihren Badestrand, zwei Freikarten für die Seebadi Horw für die Dauer von 10 Jahren, angeboten. Das die Hauseigentümer damit nicht einverstanden waren, glaube und denke er, dass alle dafür Verständnis haben. Der zweite Schritt sei ein Entscheid über Besitzzeiweisung bzw. über eine Enteignung der Parzelle oder Servitut. Auf diesen zweiten Schritt warten die 20 Hauseigentümer noch heute. Nach der Einigungsverhandlung, bei welcher nicht einmal ein Protokoll erstellt und vorhanden sei, herrschte die letzten 10 Jahre mindestens aber bis zur Einreichung des Postulates, funktille. Die Eigentümer konnten absolut nichts unternehmen. Das heisse, die Funktille sei insofern gestört worden, als eines Tages die Bagger auffuhren, die Wiese räumte und spätestens dann, war es mit der Idylle vorbei. Bei der Planaufgabe der gesamten Autobahn, habe man ihnen gesagt, sie können sich nicht wehren, das bringe nichts. Sie müssen sich dann wehren, wenn die Besitzzeiweisung bzw. das Enteignungsverfahren stattfindet. Das habe den Leuten eingeleuchtet, weil man nicht bei einem Bauprojekt, man nehme die Autobahnkosten von Fr. 750 Mio., Einsprache mache, nur weil man irgendwo noch ein Servitut habe. Das heisse aber auch nicht, dass der Kanton dies einfach so übernehmen könne, ohne diesen Leuten ein rechtliches Gehör zu geben. Das Gespräch bei welchem sie ein rechtliches Gehör hätten, habe bis heute gar nicht stattgefunden. Der Kanton habe da eine Arroganz an den Tag gelegt, welche er sich bis heute nur in kommunistischen Staaten oder einer Diktatur habe vorstellen können. Die Gemeinde Horw sei von Anfang an mit involviert gewesen, sie sei der 20igste Servitutnehmer gewesen. Sie habe ebenfalls ein Zugangsrecht zu dieser Parzelle gehabt. Obwohl der Kontakt mit dem Kanton sicher in den letzten 10 Jahren, zwischen Gemeinde und Kanton, sehr intensiv gewesen sei, habe die Gemeinde bis heute bzw. bis zum Einreichen des Postulates nichts unternommen. Er sei der Meinung, dass es jetzt höchste Zeit sei, dass die Gemeinde den Mitbürgern, es seien immerhin 20 Eigentümer, ein ganzes Quartier, denen offensichtlich unrecht geschah, eine Hilfestellung gebe. Und da es sich um ein ganzes Quartier handle, sei dies sicher keine Privatsache mehr. Er sei der Meinung, dass die Gemeinde das Konzept erarbeiten sollte, welches das Recht der Natur nicht geschmälert werde, aber auch das Recht des ganzen Quartiers nicht mit Füßen getreten werde und vielleicht habe es noch Platz für eine gewisse öffentliche Nutzung. In diesem Sinne bitte er den Gemeinderat, das Postulat entgegen zu nehmen und im Sinn vom Postulat die Geschichte zu einem akzeptablen Ende zu führen.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, man hätte nun die doch sehr langen und ausführlichen Überlegungen zum Postulat von Robert Odermatt gehört. Die eidgenössische Schätzungsexpertin habe ebenfalls den Eindruck, dass das ein überlanges Verfahren sei. Es sei nach dieser Phase bzw. Geschichte, welche Robert Odermatt erzählte, weitergegangen. Es sei nicht so, dass nichts mehr

passiert sei. Sie möchte auch betonen, dass das ein Anliegen des Kantons oder vielmehr ein Verfahren des Kantons sei, wo sich die Gemeinde im Vorfeld nicht einmische. Nachdem der Kanton im letzten Herbst gemeldet habe, gemäss Schätzungsexpertin, dass die Bauten nun abgeschlossen seien, habe die Schätzungsexpertin das Verfahren wieder aufgenommen. Scheinbar sei dies irgendeinmal so abgemacht worden, doch das wisse sie auch nicht so genau. Aber im Sinne, dass man da eine akzeptable Lösung finden könne, sei der Gemeinderat bereit das Postulat hier so entgegen zu nehmen.

Robert Odermatt verlangt Diskussion.

**Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.**

Robert Odermatt möchte dem Gemeinderat danken, dass er bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen und diesen Grundeigentümern in diesem Quartier eine Hilfeleistung bieten wollen.

Jörg Stalder weist darauf hin, dass sie dieses Postulat in der Fraktion ebenfalls besprochen hätten. Sie hätten eine Abwägung zwischen öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Interessen gemacht und ihnen fehle bei dieser ganzen Übung etwas die öffentlich-rechtlichen Interessen. Vor allem da die privat-rechtlichen in diesem Fall überwiegen. Daher können sie nicht ganz verstehen, weshalb der Gemeinderat bereit sei, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Er finde das jedoch als Geste nett. Vor allem gegenüber den Bürgern, finde er das gut. Er sehe aber nicht unbedingt eine Verpflichtung, dass sich der Gemeinderat einschalten sollte, weil es ihn ja am äussersten Rande betreffe.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass es Robert Odermatt ganz am Schluss genau richtig gesagt habe, der Gemeinderat sei bereit, diesen Grundeigentümern Hilfestellung zu geben, an den Orten wo sie können und das werde mit diesem Postulat geprüft.

**Das Postulat Nr. 563/2005 "Enteignungsverfahren Kanton Luzern gegen 20 Grundeigentümer im Gebiet Hinterbachstrasse und Rämsweg" wird überwiesen.**

## **Traktandum 7**

### **Postulat Nr. 565/2005 Brigitte Germann-Arnold, LZO, und Mitunterzeichnende: Energiestadt Horw**

---

"Energie und Nachhaltige Entwicklung sind Kernthemen der nahen Zukunft, v.a. auch für eine Gemeinde. Das Label "Energiestadt" sei ein Prozess. Das Netz der Energiestädte in der Schweiz wird immer dichter. Gemeinden und Städte wie Luzern, Kriens, Meggen, Sursee, Stans usw. sind mit von der Partie. Horw ist seit 1992 Mitglied im Trägerverein Energiestadt Schweiz und wäre auf dem besten Weg zur Energiestadt. Das zeigt Horw mit energiepolitischen Aktivitäten und Massnahmen, z.B. wird Energiesparen gefördert, die Bevölkerung für das Thema sensibilisiert und zum Mitmachen animiert. Ebenso wird in unserer Gemeinde an der Hochschule für Technik + Architektur (HTA) im Energiebereich geforscht und neue Produkte werden entwickelt. Ausserdem hat auch die gesamtschweizerische Zertifizierungsstelle für MINERGIE®-P-Bauten (Passivhaus) Sitz in Horw. Mit der Auszeichnung "Energiestadt" würde Horw nicht nur eine Image fördernde Vorbild-Rolle einnehmen, sondern auch kontinuierliche und konkrete Schritte zum Klimaschutz setzen. Die realistischen Zielvorgaben und die praktischen Massnahmen einer "Energiestadt" bewirken, dass Horw als Wohn- und Arbeitsgemeinde attraktiv bleibt.

Wir bitten den Gemeinderat, das Gütesiegel "Energiestadt" zu erwerben."

Brigitte Germann-Arnold erläutert ihr Postulat: Das Postulat fordert, dass Horw Energiestadt werde. Mit Freude durfte sie feststellen, dass 13 Personen das Postulat mitunterzeichnet haben, davon seien auch Personen der FDP und CVP dabei. Obwohl sie nicht alle Einwohnerräte, welche unterzeichnet haben, persönlich angesprochen habe, sondern nur einige davon. Das habe sie riesig gefreut. Das habe dann aber bereits im Vorfeld Diskussionen zu dieser Energiestadt ausgelöst. Verschiedene Fragen haben sich gestellt und ihr sei die Energiestadt ein Anliegen und möchte deshalb beim Eintreten auf diese Fragen etwas genauer eingehen. Eine Frage war, was müsse erfüllt sein, um die Auszeichnung Energiestadt zu erhalten? Aus dem Massnahmenkatalog Energie Schweiz müssen 50 % realisiert oder beschlossen sein. Energie Schweiz, dass sei ein Programm vom Bundesrat, wo es Ziel sei, den Energieverbrauch und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss in den Gemeinden zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Erfüllte Anforderungen daraus seien verschiedene Massnahmen, aus

verschiedenen Bereichen: Dies könne aus dem Bereich Ver- und Entsorgung oder umweltfreundliche Mobilität sein. Da Horw in diesem Gebiet mit anderen in der Region zusammenarbeite, wäre da allenfalls eine regionale Lösung gefragt. Weil es noch andere Energiestädte wie Luzern, Kriens und Meggen gebe, welche vielleicht ähnliche Interessen haben, sich auf diesem Bereich stark zu machen oder auch im Bereich kommunale Gebäude und Anlagen. Um ein konkretes Beispiel zu nennen, könnte man eine Energiebuchhaltung führen. Man könne genau schauen, wo die Energie verschwinde und wo es faule Eier habe und wo sinnvolle Massnahmen abgeleitet werden und man sparen könne. Weitere denkbare Massnahmen seien zum Beispiel bei der Entwicklungsplanung und der Raumordnung zu finden, indem ein konsequentes nachhaltiges Energiemanagement angewendet werde. Die Gemeinde könne als Vorreiterrolle beispielsweise in kommunalen Gebäuden erneuerbare Energien anwenden und Private so vielleicht zu Massnahmen animieren. Es gebe eine ganze Palette von verschiedenen Massnahmen, um den Energieverbrauch zu bremsen. Jede Gemeinde entscheide aber selber, welche 50 % von diesem Energieprogramm am passendsten sei und welche Lösung im Energiebereich umgesetzt werden soll. Fragen seien dann auch zum Trägerverein gekommen. Horw sei auf dem Weg zur Energiestadt und sei seit 2001 Mitglied im Trägerverein. Die Frage sei gewesen, was ändere dann? Die Mitgliedschaft werde mit dem Erhalt des Label's nicht abgelöst sondern sei nach Erhalt sogar obligatorisch. Denn im Trägerverein werde die Energiepolitik nicht nur in Gang gebracht, sondern qualitativ gesichert und gestärkt und über Erfahrungsaustausch weiterentwickelt. Mit diesem Label solle dieser Stand gehalten und entwickelt werden. Das Markenzeichen "Energiestadt" könne nicht einmalig gekauft werden. Das Label sei ein Prozess und alle drei Jahre müssen diese Ziele wieder neu definiert und vorgelegt werden, so erfolge dann eine Erfolgskontrolle. Falls man diese Ziele nicht erreiche, könne es sein, dass einem dieses Energiestadtlabel aberkannt werde. Aber gerade diese Verpflichtung, für ein solches Label und der konstante Einsatz im Energiebereich, sei aus ihrer Sicht zu unterstützen. Der letzte Punkt betreffe auch wieder die Kosten. Es sei klar, dass dies etwas koste und ein Betrag im Budget erforderlich sei. Die Höhe sei aber abhängig davon, für welche Umsetzungsmassnahmen sich Horw entscheide. Da auch der Bund Interesse habe, sei auch dort finanzielle Unterstützung abzuholen. Bei einer effizienten Energienutzung könne letztlich nicht nur Energie, sondern auch Geld gespart werden. Für ein besseres Dach gewinne dann das Baugewerbe, welches neue Aufträge erhalte oder das Gewerbe könne, wenn es im Energiebereich tätig sei, davon profitieren und vielleicht sogar Arbeitsplätze schaffen. Horw habe bereits ein Massnahmenprogramm "Energiesparen und Luftreinhaltung" lanciert und erste Schritte auf dem Weg gemacht. Sie habe sich beim Energiestadt-Verantwortlichen Zentralschweiz erkundigt, Horw erfülle die Kriterien und könne das Energiestadtlabel abholen. Durch die Auszeichnung Energiestadt würde den Horwerinnen und Horwer sichtbar gemacht, dass sich die Gemeinde für effiziente, nachhaltige Energienutzung einsetze. Darum wünschen sie sich, dass der Gemeinderat das Gütesiegel Energiestadt erwerbe.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass der Gemeinderat in verschiedenen Vorstössen, welche in Richtung Energie gegangen seien, immer wieder gezeigt habe, dass ihm die Energiepolitik am Herzen liege und dass man diese auch mit verschiedenen Massnahmen betreiben wolle. Man habe in letzter Zeit relativ viele Massnahmen gemacht, welche gar nicht immer erkannt worden seien. In Richtung Massnahmenkatalog, wo auch für die Energie oder Punkte, welche man in dieser Energiestadt holen könne, getroffen. Man habe viele Massnahmen gemacht ohne dass man dieses Label hatte. Und sie meine, dass man den Weg gehen müsse und dass man diese Energiepolitik ernst nehmen müsse. Das hätten sie gezeigt und auch die Bau- und Verkehrskommission habe sehr Interesse, dass sie im Bereich Energie gewisse Massnahmen anschauen. Dieses Thema werde an einer nächsten Sitzung der Bau- und Verkehrskommission traktandiert und besprochen. Sie glaube, der Gemeinderat sei bereit, wie man aus ihren Worten höre, dieses Postulat entgegen zu nehmen und zu prüfen, ob der Gemeinderat dieses Energiestadt-Label überhaupt beantragen könne. Dies sei noch nicht ganz sicher. Doch sie denke auch, aus den ganzen Gesprächen heraus, dass man die Voraussetzungen erfülle. Im Jahr 2003 habe man ein Audit erstellen lassen, weil man in diesem Energiestadtträgerverein sei. Dannzumal hatte man diese noch nicht erreicht, doch seit 2003, habe man sehr viele Massnahmen gemacht, wie die Kantonsstrasse. Das seien alles Massnahmen die man sowieso gemacht habe, welche relativ viele Punkte bringen, aber es gebe auch viele Massnahmen, die nichts in diesem Sinne kosten. Und deshalb glaube sie auch, dass man diese Punktzahl, die man benötige, habe. Aber das müsse alles noch geprüft werden, deshalb werde der Gemeinderat das Postulat entgegen nehmen und prüfen.

Alwin Larcher beantragt Diskussion.

**Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.**

Alwin Larcher erklärt, dass sich unsere Gesellschaft mit einer Unzahl von zumeist überflüssigen Labels schmücke. Vor einiger Zeit konnte man der Zeitung entnehmen, dass Horw zur Familienstadt geworden sei. Um Himmelswillen, welche Gemeinde sei keine Familienstadt? Man konnte im Blickpunkt lesen, dass Horw eine "Urwaldgemeinde" geworden sei. Da werden sich die Affen im Urwald schon gefreut haben. Wir sollen nun eine Energiestadt werden, was das auch immer heisse. Die SVP-Fraktion wolle da natürlich nicht zurückstehen und sie werden voraussichtlich, beschlossen sei es noch nicht, in nächster Zeit den Antrag stellen, dass Horw zur Bananenrepublik respektive zur Bananengemeinde werde. Das würde sich dann so auswirken, dass an jedem Freitag zwischen 10 und 12 Uhr auf dem alten Gemeindehausplatz, eine Tonne Bananen verteilt würden. Dort wüsste man wenigstens, was es koste. Aber diese Antwort sei die Postulantin schuldig geblieben, vermutlich mit gutem Grunde. Sie habe zwar die Kosten angesprochen, sie habe auch bereits eine Bundessubvention in Aussicht gestellt, aber ob Subventionen von den Kantonen oder vom Bund, meine Damen und Herren, dies seien auch unsere Steuergelder. Das spiele überhaupt keine Rolle, woher das Geld komme, der Staat nehme es aus den Taschen der Bürger. Das sei ganz eindeutig. Er habe auch und da könne er sich der Gemeinderätin Bernasconi anschliessen, feststellen dürfen, dass der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung Horw schon sehr viel mache in diese Richtung, ohne dass es gross plakatiert werde. Die Bevölkerung solle man für dieses Thema sensibilisieren, das sei ganz sicher, da brauche man dieses Label nicht. Und zum Mitmachen animieren, darüber habe man auch schon diskutiert. Bevor man nicht wisse, wieviel es koste, und es wäre vielleicht einmal das Beste, man würde es im Budget bringen, denn dort habe man die genauen Zahlen, was es koste. Bevor man nicht wisse was es koste und zwar sofort, jedes Jahr und auch, was für ein Verwaltungsaufwand damit verbunden sei, werde die SVP-Fraktion gegen die Überweisung dieses Postulates opponieren.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragte nach, ob es sich dabei um einen Antrag handle.

Alwin Larcher erklärte, dass dies ein Antrag sei.

Beat Imboden fügt hinzu, dass seine Äusserungen in etwa die gleiche Richtung gehen, wie die seiner Vorredner. Müssen wir überhaupt dabei sein, müssen wir ein solches Label haben. Ein Label, das einfach Geld koste, Geld welches auch für andere Projekte investiert und angelegt werden könnte. Das heisse aber nicht, dass man nicht auf dieser Schiene weiterfahren könne, wie man eigentlich bereits dabei sei. Dass die Gemeinde in die Energiepolitik oder auch in andere Gebiete investiere, so wie das bereits heute getan werde, dann sei das ein guter Weg. Von der Postulantin seien Kosten ange-tönt worden, aber was es schlussendlich heisse so ein Label zu erwirken und auch zu bekommen, auch wenn man die Massnahmen eigentlich erfülle, wo man auch sage, dass man schon fast eine Energiestadt sei, dann sei das schön, wenn man das bereits sei. Die Kosten sollten in etwa aufgezeigt werden können, damit man mit ruhigem Gewissen sagen könne, doch das sei etwas gutes. Wenn das jetzt 5'000 oder 10'000 Franken koste, nur dass man das Label bekomme, finde er das eigentlich schon zuviel. Dieses Geld solle man besser in etwas anderes investieren. Er finde es gut, dass man das sicher prüfen könne, aber er möchte eigentlich, falls es möglich sei, einen Antrag stellen, dass man im Rat wieder zurück gehe und man über einen Beschluss für einen solchen Beitritt könne befinden.

Brigitte Germann-Arnold möchte beliebt machen, dieses Postulat zu überweisen. Man könne nicht alles in einen Topf schmeissen, urwaldfreundlich und gentechfrei, dies sei wirklich etwas ganz anderes. Das gebe ein Prozess, das sei nicht einfach etwas. Man brauche nicht gentechveränderte Lebensmittel, man sei eine gentechfreie Gemeinde. Der Titel "Energiestadt" könne nicht gekauft werden, dafür müsse man etwas tun. Man müsse sich nämlich bemühen, Energie einzusparen. Dies sei der grosse Unterschied zu den Labels, welche vorher in einen Topf geschmiessen wurden. Und zudem könne die ganze Bevölkerung, und das sei unterstützenswert, von besserer Lebensqualität profitieren, welche uns dies nachher bringe. Das sei auch an der Zukunftskonferenz wieder aufgezeigt worden. Sie habe ebenfalls daran teilgenommen und habe das Wort "Energiestadt" nie in den Mund genommen. Aber sie freute sich, das Wort "Energiestadt" aus anderen Gruppen zu hören, dass dies gewünscht werde. Und sie denke, es sei wichtig, dieses Postulat zu überweisen, dass Horw wirklich alles daran setze Energiestadt zu werden.

Pia Christen-Martino möchte zu Alwin Larcher sagen, dass sie als Bananenliebhaberin, es begrüessen würde, wenn die SVP einen solchen Vorstoss bringen würde. Sie möchte sich ebenfalls dafür einsetzen, dass man dieses Postulat überweise, sicherlich nicht ablehnen, denn sie finde das eine gute Sache. Und wie man vorgängig schon diskutiert habe, sei dies ein Postulat. Der Gemeinderat werde dies prüfen und anschauen. Sie sei überzeugt, wenn das Label zu viel kosten werde, komme das Postulat wieder in den Einwohnerrat zurück. Das werde sicher wieder ein Thema im Rat sein.

Franz Krieger erklärt, dass er absolut nicht gegen Energiesparen sei. Er sei aber nicht ganz einverstanden mit diesem Label. Wie gehört wurde, mache die Gemeinde bereits einiges, welches in der Öffentlichkeit nicht gross publiziert werde. In drei Jahren seien wieder vorprogrammierte neue Sachen, die man zusätzlich machen müsse, damit das Label gehalten werden könne. Alte Sachen gehen weg oder bleiben bestehen und die neuen Sachen würden uns wieder aufgelegt und wenn man dies nicht erreiche, sei das Label fort. Es sei sehr diskussionswürdig, ob dies überhaupt Sinn mache. Er denke, dass es momentan sinnvoller wäre, wenn der Gemeinderat so weiterfahren würde wie bisher.

Jörg Stalder möchte sich auf zwei Punkte abstützen. Einerseits habe Manuela Bernasconi das Bauamt übernommen und er verstehe auch, dass sie es sicherlich ähnlich weiterführen möchte, wie bisher. Sicherlich aber auch neue Zeichen setzen möchte und so ein Label für die Gemeinde zu holen. Es sei eine Standortbeurteilung. Man habe das in der Bau- und Verkehrskommission kurz angesprochen und habe festgestellt, dass ein gewisser Informationsrückstand zu diesem Label bestehe. Er habe sich dann im Internet unter [www.energiestadt.ch](http://www.energiestadt.ch) kurz informiert. Es seien ca. 100 Gemeinden mit dabei. Unter anderen Kriens, Meggen, Luzern, also eigentlich alle grösseren Gemeinden in der Nähe. Er sehe dies als Standortbeurteilung und er glaube, dass man sich auch weiterentwickeln dürfe. Das wäre nun eine Möglichkeit sich weiterzuentwickeln in einem Bereich oder Markt, welcher Zukunft habe.

Silvia Simoes-Bolliger weist darauf hin, dass der Gemeinderat und der Einwohnerrat den Auftrag hätten, das Geld der Steuerzahler effektiv einzusetzen. Das heisst, wenn das Label etwas kosten werde, und das werde jährlich sein, dann habe man nur für das Label einen Betrag ausgegeben. Dieses Geld würde viel sinnvoller eingesetzt, indem man die bereits vorhandenen Massnahmen unterstützen würde.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi möchte noch präzisieren, was die Kosten betreffe. Es sei nicht so, dass man irgendwo beitreten müsse, man sei bereits in diesem Verein dabei. Das werde jährlich im Budget bewilligt. Wenn man dieses Label jetzt allenfalls beantragen möchte, dann gebe dies ein Prozess und eine Bestandesaufnahme, welche man bereits im 2003 gemacht habe, dies koste rund 3'000 Franken. Danach müsse eine Zertifizierung gemacht werden, wenn man dieses Label schlussendlich wirklich beantragen möchte, dies sei wiederum im Rahmen von 3'000 Franken. Also koste dieses Label einmalig ca. 6'000 Franken. Dann habe man ein Re-Audit, dies koste alle 3 Jahre wieder 500 Franken. Man habe bereits jetzt schon ein Energieberater, wie das vorher durch Brigitte Ger-mann-Arnold gesagt wurde, dieser komme jährlich vorbei. Ihm könne man Fragen stellen, wenn ein Problem vorhanden sei. Wenn ein Problem im Energiebereich vorhanden sei, könne sie oder die Verwaltung anrufen, dieser berate und komme gratis vorbei. Einmal im Jahr komme dieser Energieberater sicher vorbei, weil man in diesem Verein dabei sei. Man nutze diese Leistung bereits heute. Anschliessend werden diese Auswertungen zu einem Buch gebunden, welches über die Aufnahme aussage, ob die Punktzahl erreicht wurde oder nicht. Damals habe man 46 % erreicht und da seien bereits alle Massnahmen aufgelistet, welche heute 2005 erfüllt seien. Bei dieser Bestandesaufnahme wäre dann ersichtlich, ob wir die Massnahmen erreichen und ob überhaupt eine Zertifizierung beantragt werden könnte. Und dies seien ungefähr, dies sei nur eine Annahme, 6'000 Franken, welches dieses Label einmalig kosten würde. Anschliessend habe man noch Kosten im Bereich von 500 Franken, für die Erstellung dieses Re-Audit's. Sie finde, dass sei eher im kleinen Rahmen, indem man sich aber nachher mit verschiedenen Massnahmen, welche sowieso gemacht würde, zeigen könne, dass Horw im Bereich Energie vorwärts gehe.

Franz Krieger meint, dass es halt trotzdem etwas sei, wo man nachher nicht wisse was komme. In drei Jahren erreichen wir das Label zum Beispiel nicht mehr oder es seien wieder neue Auflagen vorhanden und die kosten dann wieder mehr. Er finde einfach, dass man den Weg, der den Gemeinderat vorgegeben habe, weiterführen und nicht unbedingt ein Label beantragen müsse.

Irène Zingg-Vetter erklärt, dass es ihr so vorkomme "tut Gutes und spricht darüber". Wenn man irgendeiner Institution 500 Franken spenden wolle, dann müsse man das am anderen Tag nicht in der Zeitung lesen, dass man das jetzt gespendet habe. Trotzdem könne man energiefördernde Massnahmen unterstützen, ohne das dieses Label beantragt werde. Man könne diesen Betrag nämlich direkt in die Massnahmen oder Fonds einfliessen lassen.

Jörg Stalder findet, dass man in der Budgetdebatte immer wieder über den Steuerfuss und positive Signale rede, die unsere Gemeinde aussenden soll. Jetzt hätte man die Möglichkeit, für wenig Geld, positive Signale auszusenden. Er habe die Homepage dieser Energiestadt erwähnt, wenn Horw jetzt

dort an einer guten Position erscheinen würde, wäre das doch ein gutes Signal. Man solle diese Gelegenheit nicht verpassen.

Beat Imboden höre die positiven Signale. Es heisse immer wieder, wenn man die Steuern tief halten könne, sei dies ein positives Signal. Er sehe nicht ganz ein, wenn man so ein Label habe, was daran positiv für die Gemeinde sein soll. Wichtiger sei, dass man die Projekte mit Energiesparmassnahmen unterstütze, für die die Gemeinde etwas tue und schlussendlich nicht einfach nur ein Blatt Papier in der Schublade habe. Manuela Bernasconi erwähnte, dass so ein Beitritt ungefähr 6'000 Franken koste und es gebe jährlich nochmals einen Mitgliederbeitrag, welcher wieder kosten würde. Dieser sei auch nicht gerade billig. Man sei zwar bereits Mitglied und bezahle heute schon einen Mitgliederbeitrag. Er möchte das hier schon relativieren.

Brigitte Germann-Arnold erwähnt, dass man soeben gehört habe, die Gemeinde möchte etwas dafür tun. Mit einem solchen Label müsse man etwas tun, man müsse Massnahmen ergreifen um Energie zu sparen. Dies zeige sich dann auch der Bevölkerung, wenn man wisse, man sei Energiestadt, dann müsse man und könne nicht freiwillig etwas machen.

Jan Holecek erklärt, dass was Frau Germann jetzt gerade gesagt habe, "man müsse eben nachher", eine weitere Zwangsjacke sei. Von diesen habe man schon genügend.

Roger Jenni meint, dass mit dem vorliegenden Postulat vielleicht die grosse Ungewissheit im letzten Satz bestehe. Da stehe geschrieben: "Wir bitten den Gemeinderat das Gütesiegel "Energiestadt" zu erwerben." Mit einer gewissen Verbindlichkeit. Das sollte man eigentlich erwerben in Ungewissheit, was die ganze Geschichte eigentlich kosten werde. Einerseits seien mal diese 6'000 Franken, um dieses Label erwerben zu können, andererseits mögen unvorhergesehene Kosten auftreten, von Massnahmen, die uns zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bekannt seien. Der Grundgedanke finden eigentlich alle gut und die Idee gehe bei allen in der Grundsinnung in die gleiche Richtung. Er möchte der PostulantIn beliebt machen, dass man beim letzten Satz sage: "Wir bitten den Gemeinderat das Gütesiegel "Energiestadt" anzustreben." Weil wenn man es anstrebe, könne man immer noch abwägen, ob sich dieses anstreben letztendlich rechne. Und das lässt dann die Grössenordnung offen, dass man den Auftrag nicht verbindlich gehabt habe dies zu erwerben, sondern dies anzustreben und man allenfalls unverhältnismässige Kosten hätte, oder Kosten, die man im Rat zur Diskussion bringen und wieder einmal vorlegen möchte. Er glaube dann hätte dieses Postulat auch grosse Chancen überwiesen zu werden und würde auch die Ideologie von allen vertreten.

Silvia Simoes-Bolliger hält fest: So wie sie den Diskussionen entnehmen konnte, erfülle die Gemeinde praktisch alle Voraussetzungen, um das Label zu erwerben. Sie finde, dass dann 6'000 Franken rausgeschmissen seien, nur damit man etwas tun müsse, was doch eigentlich sowieso schon freiwillig gemacht werde.

Brigitte Germann-Arnold erklärt, dass sie nicht bereit sei, dieses Postulat abzuschwächen. Es haben dreizehn Personen mitunterzeichnet und sie möchte nicht von sich aus entscheiden, dieses abzuschwächen. Sie möchte, dass sich die Gemeinde wirklich um dieses Label bemühe.

Pia Christen-Martino findet, dass man heute viel Zeit habe, deshalb schwatze man etwas mehr als sonst. Sie möchte zum Schluss noch sagen, dass man dies wirklich in der Relation sehen müsse. Sicher, 6'000 Franken sei viel Geld, doch sie finde, dass dieses Label das Wert sei. Und wenn ja die Gemeinde Horw schon dabei sei, müsse man sich einen Ruck geben. Wie Brigitte Germann bereits erwähnte, haben dreizehn Personen mitunterzeichnet, also das sei eine gute Sache und man solle es doch überweisen, es sei eine Prüfung und es werde weitergehen.

Franz Krieger meint, dass es nicht um diese 6'000 Franken gehe. Das wäre falsch verstanden. Es gehe darum, was die Folgekosten seien und diese seien entscheidend. Wenn man in 3 Jahren andere Bedingungen erfüllen müsse, dann werde uns dies einiges mehr kosten.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt nach, ob es noch neue Meinungen zu diesem Thema gebe.

Esther Jost findet, dass man sich schon überlegen müsse, dass das nicht nur Kosten seien, welche dort generiert werden, sondern es seien auch Nutzen in diesem Trägerverein. Man networke, tausche aus, man mache Einsparungen, es sei nicht gut, wenn man nur die Kosten im Auge behalte, sondern der wirkliche Nutzen. Der finanzielle Nutzen und die finanziellen Einsparungen sollen natürlich ebenfalls berücksichtigt werden.

Ruedi Meier möchte den Rat daran erinnern, dass man vor einiger Zeit, den Bezug von Ökostrom mit Mehrkosten von 90'000 Franken abgelehnt habe. Wenn man heute dieses Label annehme, dann komme in einem Jahr vielleicht irgendeine neue Forderung. Zum Beispiel Einführung von Ökostrom für 90'000 Franken oder es wird ein versicherungsfähiger Belag auf der Kantonsstrasse für 200'000 Franken verlangt. Das höre dann nicht mehr auf.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, es wäre falsch verstanden, wenn uns diese Label-Kommission vorschreiben könne, was zu machen sei. Man müsse sich selber bemühen und alle Massnahmen, welche man festlege, werden anschliessend über das Budget beschlossen. Sie finde, dass man das schlussendlich sehen müsse. Also es schreibe uns nachher sicher niemand vor, was für Massnahmen getroffen werden müssen.

Heiri Niederberger weist darauf hin, dass er in einem Metier tätig sei, wo relativ viele Labels unterwegs seien. Er müsse einfach sagen, wenn man als Labelnehmer sage, halt stopp, jetzt würden die Anforderungen zu hoch, man möchte nicht mehr dabei sein, dann sage man stopp und steige aus. Also dies sei keine Verpflichtung, die einem auferlegt werde. Man könne jederzeit aussteigen.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist denkt, dass nun die Meinungen gemacht seien. Man komme nun zur Abstimmung.

### 1. Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion, das Postulat Nr. 565/2005 "Energierstadt Horw" nicht überweisen, annehmen.	13 Stimmen
Antrag der L2O-Fraktion, das Postulat Nr. 565/2005 "Energierstadt Horw" überweisen, annehmen.	13 Stimmen

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist teilt mit, dass man Stimmengleichheit habe. Die Abstimmung werde noch einmal wiederholt.

### 2. Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion, das Postulat Nr. 565/2005 "Energierstadt Horw" nicht überweisen, annehmen.	13 Stimmen
Antrag der L2O-Fraktion, das Postulat Nr. 565/2005 "Energierstadt Horw" überweisen, annehmen.	14 Stimmen

**Das Postulat Nr. 565/2005 "Energierstadt Horw" wird mit 13 zu 14 Stimmen überwiesen.**

## Traktandum 8 Fragestunde

---

## Traktandum 9 Dringliche Interpellation Nr. 526/2005 Konrad Durrer, L2O: Planung Stadion Allmend

---

"Am 20.10. wurde das Entwicklungskonzept Luzerner Allmend von der Baudirektion der Stadt Luzern veröffentlicht. Darin wird das Nutzungskonzept über die ganze Allmend vorgestellt, auch über die Teile, die auf Horwer Gemeindegebiet liegen. Die vorgeschlagene Planungsphase I endet im Frühling 2006. Im Entwicklungskonzept wird ein Teilneubau des Fussballstadions vorgeschlagen. Es wird diskutiert, wie die Mantelnutzung gestaltet werden könnte. Dabei werden ein Hallenbad und ein Fitnesscenter vorgeschlagen. Die Planung der Allmend, besonders das Stadion und die Gebiete, die unserer Gemeinde gehören, betreffen die Gemeinde Horw stark. Biregg, Brändi und Stirnrüti sind von den Lärmemissionen besonders betroffen. Der zuführende Verkehr ist für diverse Horwer Gebiete spürbar. Es werden Agglomerationsverkehrsmittel benötigt, an die Horw namhafte Beiträge zahlt.

Für die L20 ist es wichtig, dass auch Horw in die Planung miteinbezogen wird und für die Interessen der Horwer Bevölkerung Stellung bezieht. Deshalb ersuchen wir den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

- Wie war und ist der Gemeinderat in diese Planung involviert? Wieso wird der Bericht nicht auch im Horwer Einwohnerrat behandelt, wo doch auch Horwer Gemeindegebiet betroffen ist?
- Wie gedenkt der Gemeinderat Einfluss zu nehmen, dass die Emissionen für die Horwergebiete minimal ausfallen? Wie wird sich die Gemeinde Horw bei Ausgestaltung des Baurechtsvertrages mit den Stadionerbauern eine Mitsprache sichern (dazu gehören Emissionen, die durch die Mantelnutzung wie Fitnesscenter, Einkaufsmöglichkeiten, Parkplätze, usw. oder durch Fremdnutzung, wie z.B. Openair-Konzerte, entstehen).
- Was unternimmt der Gemeinderat, dass keine Mehrverkehrsbelastung entsteht? Macht er sich beispielsweise für die Realisierung der S-Bahn Station Allmend stark, die im Übrigen auch das Quartier Biregg aufwerten könnte?
- Wie steht der Gemeinderat zu einer (angekündigten) Anfrage zur Mitbenutzung und Mitfinanzierung eines allfälligen Hallenbades? Ist der Gemeinderat der Meinung, ein 25 m-Becken hat eine überregionale Ausstrahlung oder kann diese Auffassung nicht erst bei einem 50 m-Becken vertreten werden? Welche Auswirkungen hätte dies auf das Hallenbad Spitz?
- Wie sieht das Fussweg- und Zweiradkonzept für die Fläche aus?
- Wie soll das schützenswerte Gebiet beim alten Schiessplatz aufgewertet werden (z.B. in den Rahmenbedingungen eines wettbewerbsähnlichen Verfahrens)?

Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, sollten die Anliegen der Gemeinde Horw nicht angemessen berücksichtigt werden?"

Konrad Durrer erläutert seine dringliche Interpellation: Nachdem er an der letzten Sitzung die Dringlichkeit des Postulates begründen konnte, habe man nochmals die Gelegenheit gehabt dem nachzugehen. Die Planung Allmend sei mitten im Tun, man habe gehört, dass die Phase 1 seit letztem Herbst eingeläutet sei und trotzdem habe man hier im Rat noch nichts davon gehört. Deshalb habe er ein paar Fragen gestellt und er sei auf die Antworten gespannt.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erwähnt, dass das sehr umfangreiche Fragen von Konrad Durrer gewesen seien, doch sie habe sich durchgekämpft. Die Planung Allmend sei auf der Konzeptstufe, das müsse man wissen, wenn man nun in die Beantwortung gehe. Es gebe Punkte in dieser Anfrage, welche meistens mehrere Fragen beinhalten. Punkt 1: Sie erläutere nun ein paar Punkte, bei welchen die Gemeinde mitgewirkt habe. Alles begann am 22. Dezember 2003, da seien die Gemeinden Horw und Kriens über die Ausschreibung Konzeptplanung Allmend orientiert worden. Im August 2004 habe dann die Firma Metro einen Zwischenbericht zu dieser Konzeptplanung Allmend abgegeben. Am 29. Oktober 2004 habe man eine Allmendkonferenz einberufen, an welcher auch die umliegenden Quartiervereine usw. eingeladen waren. Da konnte der Zwischenentscheid vom Stadtrat zur Allmendplanung angehört werden. Am 29. November seien dann die beiden Gemeinderäte Horw und Kriens über die Zwischenresultate Allmendplanung informiert worden. Dort sei man im Dialog informiert worden. Im Januar 2005 habe dann die Arbeitsgemeinschaft Metro den Schlussbericht abgeliefert und der Stadtrat habe diesen im April 2005 in die Vernehmlassung gegeben. Im Rahmen dieser Vernehmlassung seien verschiedene "hearings" durchgeführt worden. Am 19. Mai sei dann eine Delegation der beiden Gemeinderäte, wiederum Horw und Kriens, über den Stand Allmendplanung informiert worden. Die Gemeinderäte Horw und Kriens wurden bei grösseren Anlässen immer wieder informiert. Am 17. Februar 2005 sei Kurt Bieder, Stadtrat, und ein Mitarbeiter, vor dem Gemeinderat Horw gewesen, mit der Frage, wie weit sich Horw vorstellen könnte, sich an einer regionalen Lösungsvariante vom Hallenbad zu beteiligen und ob sie überhaupt würden. Am 20. Oktober habe dann der Stadtrat wieder eine Informationskonferenz über die Resultate und Mitwirkungsverfahren sowie das weitere Vorgehen informiert. Das Pressebulletin sei nachträglich von Konrad Durrer zugestellt worden. Das habe man sicherlich studiert. Im Juni 2006 werde dann das Allmendkonzept und die weiteren Umsetzungsschritte dem Stadtrat vorgelegt. Dies zu den Fragen der Mitwirkung. Zum Punkt 2: Der Gemeinderat und die Verwaltung konnten bereits bei verschiedenen und vielen Kontakten und Vernehmlassungen Einfluss nehmen, soweit man dies auf einer Konzeptstufe überhaupt machen könne. Zu den Fragen rund um das Stadion: Gegenwärtig sei man damit beschäftigt, mit einem Expertenteam für den Bereich Messe Stadion, eine vertiefte Machbarkeitsabklärung in baulicher und finanzieller Hinsicht zu machen. Das Fussballstadion soll soweit erneuert werden, dass es den Anforderungen der Swiss Football League für die Durchführung von nationalen Meisterschaftsspielen entsprechen würde. Geprüft werde in diesem Zusammenhang die Integration von einem Fitnesscenter und einem Hallenbad. Das konnten sie ja bereits hören. Weitere kommerzielle Nutzungen im grösseren Ausmass werden nicht in Betracht gezogen. Es sei sicherlich verfrüht, jetzt schon über Baurechtsverträge und Mitspra-

chesicherung zu sprechen und sich Gedanken zu machen. Die Planung sei, wie sie Anfangs erwähnt habe, erst auf Konzeptstufe. Und die Stadt habe eigentlich gezeigt, dass sie die Mitspracheberechtigten immer miteinbezogen habe, so sei man auch wirklich immer gut informiert worden. Zum Punkt 3: Kurzfristig werde bei der Erschliessung auf die bestehenden Anlagen und Angebote gesetzt. Mittelfristig, dies konnte man ebenfalls der Presse entnehmen, soll mit der Pierverlegung der Zentralbahn, von der neuen Haltestelle Allmend, die öffentliche Anbindung an den öffentlichen Verkehr erheblich verbessert werden. Der Gemeinderat setze sich für diese Verbesserung ein. Die Verkehrssituation an der Einmündung Zihlmattweg/Horwerstrasse sei vom Gemeinderat, vom Quartierverein und den Bewohnerinnen und Bewohner der Biregg verschiedentlich und immer wieder thematisiert worden. Der Zihlmattweg sei eine Gemeindestrasse, welche in die Kantonsstrasse, Horwerstrasse, einmünde. Aus diesem Grunde werde ein allfälliges Projekt zur Umgestaltung dieser Kreuzung durch den Kanton bewilligt und müsse zu seiner Realisierung eine Aufnahme im Strassenbauprogramm vom Kanton gefunden werden. Bereits in früheren Jahren, da können sich die älteren Ratsmitglieder sicherlich noch erinnern, habe es ähnliche Begehren zur Verbesserung dieser Einmündung gegeben. Man habe damals zum Beispiel von Lichtsignalanlagen gesprochen. Diese seien dann aber als nicht so zweckmässig beurteilt worden und haben damals keine Aufnahme in das Bauprogramm vom Kanton gefunden. Der Stadtrat habe auch den Bau eines Kreisverkehrsplatzes geprüft und sähe so noch eine Möglichkeit die Verkehrsprobleme zu lösen. Aus ihrer Sicht müsse man vielleicht an dieser Stelle überlegen, ob es sinnvoll wäre, den Verkehrsfluss zu unterbrechen. Aber das werde alles noch geprüft. Viel wichtiger erscheint es ihr, dass die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler aus dem Bireggquartier, welche sich auf den Schulweg Richtung Horw begeben, möglichst schnell eine gute Lösung realisieren lasse. Durch den Bau der Rad- und Gehwegverbindungen könne auch ein wesentlicher Teil der Verkehrsprobleme beim Einmünder Zihlmattweg/Horwerstrasse gelöst werden, dass wenigstens die Velofahrer nicht auch noch dort einbiegen müssen. Der Gemeinderat habe sich in verschiedenen Schreiben immer wieder für diese Lösung eingesetzt und sie meine, dass mit der Realisierung des Rückhaltebeckens Allmend, nun tatsächliche diese Fuss- und Radwegverbindung entstehe. Zu Punkt 4: Dort gehe es um die Hallenbadfrage. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass das Hallenbad Spitz, die Bedürfnisse von unserem Schul- und Vereinssport vollumfänglich abdecke. Es könne zusätzlich noch an private Badbenützer vermietet werden. Man sei auch in der glücklichen Lage, einen direkten Seezugang zu haben. Besonders in den Sommermonaten werde der See von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus allen Regionen zum Baden genutzt. Der Gemeinderat anerkenne die Notwendigkeit von einem regionalen Wassersportzentrum und unterstütze die Realisierung eines solchen Zentrums. Dabei müsse aber die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz vorausgesetzt werden. Eine finanzielle Beteiligung, das habe man auch dem Stadtrat mitgeteilt, sehe man im Moment ähnlich wie bei einer regionalen Kultur- oder Sportanlage, wie KKL oder Eissportzentrum. Dann stellen sich noch Fragen zu diesem 25m oder 50m Hallenbadbecken. Sie probiere diese ebenfalls zu beantworten. Für die Benützer des Hallenbades sei weniger die Länge, sondern vielmehr die Breite entscheidend. Für ein Schwimmer sei entscheidend, wie er beim Längenschwimmen mit den anderen Schwimmern kreuzen könne. Dies könne man in einem breiteren Becken besser als in einem schmalen. Die heutigen Bedürfnisse von Hallenbadbenutzern, setzen nicht nur stehendes Gewässer voraus, sondern man möchte auch einen Anteil an bewegtem Wasser. Eine Formel, welche man in diesem Bereich kenne, besage, dass etwa 60 % stehendes und 40 % bewegtes Wasser vorhanden sein sollte. Wie grösser die Fläche der gesamten Anlage sei, desto grösser werde auch die Fläche vom bewegten Teil, also von diesen 40 % und umso teurer werde das Hallenbad. Bei einem 25m Becken könne man Wettkämpfe durchführen, wenn auch nicht auf nationaler Ebene. Sie meine und die Stadt habe das auch so erklärt, aus finanziellen Überlegungen hätte regional sicherlich auch ein 25m Becken eine grosse Bedeutung. Die Auswirkungen auf das Hallenbad Spitz wurden angesprochen, können aber im Moment noch nicht aufgezeigt werden. Der Gemeinderat könne sich im Moment nicht vorstellen, da man mit der Stadt erst auf dieser Konzeptphase sei, dass das heutige Angebot an Schul- und Vereinsschwimmen in einem überregionalen Hallenbad sicherstellen könnten. Sie lege kurz die eine Folie auf, dies sei eine Frequenzliste vom Hallenbad Spitz, damit man ungefähr sehe, wie stark das Hallenbad belegt sei. Das neuste, dass sie noch mitteilen könne sei, dass sich der Stadtrat von Luzern bereits wieder angemeldet habe. Diese möchten nochmals vorbeikommen und die weitere Konzeptphase zum Hallenbad, auf die sie sich hinzubewegen, nochmals klären. Man werde einen Termin vereinbaren. Jetzt würde sie gerne das Verkehrskonzept anhand von Folien etwas näher erläutern. Zum nächsten Punkt, der betreffe den Schiessplatz. Bei diesen ehemaligen Schiessständen handle es sich zum Teil um Gebiet mit erheblichen Schwermetall befrachteten Flächen. Diese seien sanierungsbedürftig. Aus Sicht der Stadt sollen diese Areale, welche grösstenteils auf unserem Grund und Boden liegen, saniert und in naturnahe Erholungsgebiete umgewandelt werden. Für die Sanierung und Umgebungsgestaltung dieser Schiessplätze werde in der nächsten Phase dieser Allmendplanung ein Konzept ausgearbeitet. Da sei man schon relativ lange immer wieder durch den Kanton informiert worden, wie diese Sanierungen an die Hand genommen werden sollen. Das sei

schon lange ein Thema, weil man nicht recht wusste, wie man mit diesen Flächen umgehen solle, weil dies vor allem auch eine sehr teure Angelegenheit sei und auch die Finanzierung immer wieder gesehen werden müsse. Und dies sei nicht immer ganz einfach. Bei dieser Konzepterarbeitung werde man wieder zur Vernehmlassung gebeten, denn es sei schliesslich Horwergebiet. Man sei zwar nicht Grundeigentümer, doch es sei Horwergebiet. Dann noch zur letzten Frage, der Stadtrat habe erkannt, dass in den verschiedenen Bereichen, grenzüberschreitenden Koordinationsbedarf bestehe. Die Nutzung und Erhaltung dieser ehemaligen Schiessplätze, die Erschliessungs- und Parkierungsfrage, aber auch die regionale Mitbenutzung von Sportanlagen gehöre dazu. Der Stadtrat sei der Meinung, dass diese Fragen im Rahmen eines grenzüberschneidenden Allmendrichtplanes geregelt werden müssen. Dem Stadtrat werde jetzt ein Bericht und Antrag unterbreitet, mit dem Antrag, dass ein grenzüberschreitender Richtplan erarbeitet werden solle. Die Mitwirkung und das Verfahren sei im Bau- und Planungsgesetz Artikel 7 - 14 geregelt, man halte sich also an die Vorgaben. Der Richtplan könne ähnlich in den Rat gegeben werden, wie man es beim ESP-Richtplan gemacht habe. Dieser sei dem Rat auch zur Kenntnisnahme gebracht worden. Sie könne sich vorstellen, dass man so vorgehen könnte. Abschliessend könne sie sagen, dass der Gemeinderat der Meinung sei, dass man eigentlich von der Stadt, auf der Stufe Konzept, auf welcher man sich momentan befinde, genügend eingebunden worden sei und das Feinkonzept folge erst jetzt. Da werde man natürlich noch stärker eingebunden, weil Horwerboden betroffen sei.

Konrad Durrer erklärt, dass er mit der Beantwortung teilweise zufrieden sei. Er verlange Diskussion.

#### **Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.**

Konrad Durrer bedankt sich für diese sehr ausführlichen Ausführungen zu diesem Thema. Der Gemeinderat legte dar, dass relativ viel orientiert und informiert wurde. Was er einwenig vermisse sei, dass er auch hätte mitwirken konnten. Das er Mitsprache gehabt hätte, aber man habe gehört, dass das jetzt vielleicht besser werde, wenn ein grenzüberschreitender Richtplan erstellt werden soll. Er denke es sei wichtig, dass man nicht nur informiert werde, sondern auch Einfluss nehmen könne. Beim Stadion habe er wenig zum Thema Lärm- und Lichtemissionen gehört. Dort sollte man rechtzeitig, für die betroffenen Quartiere tätig werden, bevor bereits etwas versprochen oder in Planung sei. Er habe zur Kenntnis genommen, dass die Verkehrssituation schon sehr weit fortgeschritten sei, dass man da grosse Pläne habe. Auch das Fuss- und Radwegkonzept schein durchdacht. Zum Hallenbad danke er für die Ausführungen. Was er zum Verkehr noch sagen möchte sei, es heisse ja, dass dies erst mittelfristig angeschaut werden müsse. Er würde beliebt machen, dass man den Verkehr wirklich von Anfang an gründlich mitplane. Zum Schluss hoffe er, dass der Gemeinderat dies zu seiner Chefsache machen werde, die Möglichkeiten der Mitsprache zu nutzen, weil die Allmend von mindestens zwei Seiten von Horw umgeben sei und es unser Gebiet sei. Er danke für diese ausführlichen Informationen.

#### **Traktandum 10**

#### **Interpellation Nr. 521/2005 Roger Jenni, FDP, und Mitunterzeichnende: Alter Gemeindewerkhof**

"Seit einigen Jahren hat die Gemeinde Horw den Werkhof der Firma Stuag gekauft und grosszügig zum neuen Gemeindewerkhof ausgebaut. Demzufolge lässt sich das Bedürfnis des alten Werkhofes hinterfragen. Das an der alten Werkhalle angebaute Wohnhaus scheint auch nicht mehr den heutigen Anforderungen zu entsprechen. Als Lagerschuppen für Sportgeräte hat die alte Werkhalle auch ausgedient, sobald die neue Sportanlage fertig erstellt ist. Nun besitzt die Gemeinde Horw einen alten Werkhof, den sie, so hat man das Gefühl, nicht mehr gebraucht.

Aus erwähnten Gründen bitten wir den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

- Ob der Zustand des jetzigen Gebäudes den gültigen Vorgaben der Gebäudeversicherung noch entspricht.
- Ob der alte Werkhof resp. dessen Grundstück noch für gemeindeeigene Bedürfnisse benötigt wird, gegebenenfalls für was.
- Ob es Sinn machen würde, dieses Gebäude resp. dieses Bauland zu veräussern."

Roger Jenni erläutert seine Interpellation. Der alte Gemeindewerkhof, sei nicht mehr gerade eine architektonische Perle. Es sei auch ungewiss, ob der Bau den heute notwendigen Sicherheitsanforderungen entspreche. Es sei ihm auch nicht ganz klar gewesen, wie weit die Notwendigkeit und das Bedürfnis von Gemeindeseite her an diesem Bauwerk noch vorhanden sei. Das habe ihn dann auch dazu bewogen, dem Gemeinderat diese Fragen so zu formulieren.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein weist darauf hin, dass diese Interpellation bereits im letzten Sommer eingereicht worden sei. Er könne zu den gestellten Fragen wie folgt antworten: Die erste Frage sei eine rein versicherungstechnische Frage. Ein Gutachten habe gezeigt, dass bei einem mittleren Erdbeben eine Einsturzgefahr vorhanden sei, also eine Gefährdung sei vorhanden. Wobei die Gebäudeversicherung im Moment noch kein Vorbehalt gemacht habe. Zum Zweiten könne er sagen, ob und wie er genutzt werde: Der alte Werkhof werde nicht mehr als Raum genutzt, der vermietet werde, sondern es sei mehr ein Abstellraum vom Werkhof, wo gewisse Sachen die selten gebraucht werden, entsprechend deponiert werden. Mit dem Risiko, dass zwischendurch etwas Verputz herunterfalle. Schäden seien jedoch keine entstanden. Ob es Sinn mache dieses Bauland zu veräussern? Für ihn sei das Grundstück natürlich eine Perle und sehr attraktiv. Es liege in der gemischten Zone Gewerbe - Wohnbau, und es werde sicher einmal, man habe schon Interessentenanfragen gehabt, über einen Verkauf nachgedacht. Im Moment sei man aber an einer Planungsphase oder Abklärungsphase "Veränderung des Feuerwehrgebäudes". Aus diesem Grunde wollte man noch etwas zuwarten, damit man aktiv nach Lösungen für dieses Grundstück suchen könne. Was dann auch zu einem Verkauf führen könnte. Also Interessenten seien vorhanden, aber man wolle doch noch den Moment abwarten, wie man eine Planung und wie man sie dann auch über die Veränderung des Feuerwehrgebäudes, mittels Bericht und Antrag, informieren wolle.

Roger Jenni sei mit der Beantwortung zufrieden.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt nach, ob Diskussion verlangt werde.

**Diesem Ansinnen wird nicht opponiert. Es findet keine weitere Diskussion statt.**

#### Traktandum 11

#### Interpellation Nr. 522/2005 Jörg Stalder, L2O, und Mitunterzeichnende: Masterplan für Horwer ESP-Gebiete

---

"Im Gebiet rund um den Horwer Bahnhof hat die Gemeinde Horw Flächen, welche an den ESP Schlund grenzen und teilweise darin enthalten sind. Dieses Gebiet ist das neue Gesicht der Gemeinde Horw. Einerseits sehen hier Besucher, welche mit der S-Bahn anreisen, die Horwer Visitenkarte; andererseits führt der neue Zubringer Zentrum den MIV hier in die Gemeinde. Im Richtplan ESP Eichhof-Schlund-Bahnhof Horw ist dieses Gebiet auf dem Koordinationsblatt S 03 beschrieben und die raumplanerische Idee der Entwicklung dieses Gebietes festgehalten. Dieses neue Gesicht der Gemeinde besteht heute aus einem Sammelsurium von Neubauten, Werkhöfen und alten Schuppen. Der ESP gibt hier klare Anstösse über eine mit der regionalen Planung koordinierte Gestaltung dieses Gesichts von Horw. Für eine planungsverbindliche Umsetzung dieser Anstösse soll durch qualifizierte Fachleute mittels Studienauftrag oder allenfalls Wettbewerb ein Masterplan für dieses Gebiet erarbeitet werden. Dies um eine geordnete Entwicklung sicherzustellen und die positiven Impulse durch die vielseitigen Verkehrserschliessungen möglichst weit in die angrenzenden Gebiete und Quartiere wirken zu lassen.

- Hat der Gemeinderat schon konkrete Ideen, wie das neue "Gesicht" der Gemeinde Horw gestaltet werden soll?
- Wann wird der Gemeinderat (oder hat er bereits) einen Studienauftrag auf der Grundlage des entsprechenden Blattes des ESP Schlund initiieren?
- Wie will der Gemeinderat die darin umschriebenen Förderungen des Fuss- und Langsamverkehrs umsetzen, nachdem die Verbesserungen für ÖV, Bahn und MIV bereits erfolgt oder mindestens geplant sind?
- In welchem Zeitraum kann eine solche Planung zu einem Ergebnis geführt werden?

Mit welchen Massnahmen kann die Planung für die betroffenen Grundeigentümer in einem positiven Sinn bindend gemacht werden?"

Jörg Stalder erläutert seine Interpellation. Ein weiteres Planungsgebiet, über welches man etwas wissen möchte, sei dieses ESP-Gebiet Horw. Man habe dieses ESP-Gebiet vor ca. 1 ½ Jahren zur Kenntnis genommen und dort seien unter anderem ein paar Blätter dabei gewesen, welche die Gemeinde Horw speziell betreffe. In diesen Blättern werde angeregt einen Masterplan zu erstellen. Es sei ein Teil vom Entwicklungsschwerpunkt, es sei das neue Gesicht von Horw, weil Horw darüber erschlossen werde. Es sei ihnen ein Anliegen, dass dort ein planendes Gesicht der Gemeinde und Stadt, nicht à la Kuonimatt, entstehen soll. Sie haben das Gefühl, dass dies mit einem Masterplan

gelingen könnte. Es gebe auch eine gewisse Planungssicherheit. Man könne die Erschliessung steuern, es gebe eine gestalterische Entwicklung. Man lege im Bericht oder Entwicklungsschwerpunkt grossen Wert auf eine Durchgrünung dieser ganzen Siedlung. Man habe von Häusern im Park gesprochen. Dies seien alles so schöne Formulierungen und er möchte eigentlich mit diesem Vorstoss anfragen, wie der Gemeinderat gedenke, dies umzusetzen.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass der Gemeinderat, wie auch der Interpellant und auch viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zukunftskonferenz, überzeugt seien, dass dieses Gebiet rund um den Bahnhof Horw ein bedeutendes Entwicklungsgebiet unserer Gemeinde sei, welches Potential und Chancen biete. Es müsse uns gelingen, dass habe man auch immer wieder an Zukunftskonferenz gehört, dieses Gebiet optimal an den Ortskern anzubinden und der gut erschlossene Standort einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Dabei sollen alle Bereiche berücksichtigt werden. Standortvoraussetzungen für Büro-, Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe seien ausgezeichnet, aber auch die Wohnlage sei gut und soll als Wohnzone, wo es die Lärm- und Luftbelastung zulasse, auch gefördert werden. Die Verkehrsflüsse und ihre Auswirkungen auf alle Verkehrsteilnehmer müssen berücksichtigt werden und natürlich auch der Grünkorridor soll die naturnahen Flächen der Überbauung auflockern und fussgängerfreundlich machen. Der geltende Zonenplan trage dieser Ausgangslage nicht mehr genügend Rechnung. Es sei die Absicht, wie oben bereits geschildert wurde, dass man gemeinsame ortsbauliche Gestaltungsideen über diese verschiedenen Areale und auch eine repräsentative Empfangssituation für die Bahnreisenden schaffe. Aber auch die räumliche Anordnung dieser Nutzungen, Festsetzung der zweckmässigen Baudichte und die Erschliessungsanlage. Mit der Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes möchte man in einem begleiteten Verfahren die Grundlage zur Festsetzung einer massgeschneiderten Sonderbauzone für diese Areale schaffen. Man sei momentan mitten in diesen vorbereitenden Gesprächen. Man habe da doch grosse Flächen, welche einzelnen Grundeigentümern gehören. Es sei nicht so, dass ganz viele Grundeigentümer in dieses ganze Gebiet involviert seien, das komme einer Planung entgegen. Es müsse uns gelingen einen Konsens zwischen der Gemeinde und unseren Anliegen, wie sie vorher geschildert wurden, und den Eigentümern, anzustreben. Die gemeinsame Entwicklung voranzutreiben und durch das auch eine Realisierungssicherheit vorhanden sei. Verschiedene Grundeigentümer, mit grossem Landanteil, seien im Gebiet rund um den Bahnhof, ansässig. Man habe nun die Absicht einen Konzeptauftrag, gemeinsam mit den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern, durchzuführen und auch zusammen zu finanzieren. Man habe bereits mit den wichtigsten Partnern Gespräche geführt und sie über dieses Vorgehen informiert. Die Gespräche seien noch nicht ganz abgeschlossen, aber doch schon mit den meisten geführt. Das Programm wird zusammen mit den involvierten Grundeigentümern im Detail angegangen und ausformuliert. Man habe auch die Hilfe eines Planungsbüros zur Durchführung von diesem Verfahren in Anspruch genommen. Man habe einen Vorentwurf zu einem Studienauftrag und eine Kostenschätzung machen lassen, dies diene momentan zur Gesprächsgrundlage. Damit man eine möglichst breite Akzeptanz habe und dass alle unsere Anforderungen, welche in allen Bereichen doch recht hoch seien, formulieren könne, entstehe ein Konzept, welches von der Verwaltung und den Grundeigentümern begleitet werde. Das Koordinationsblatt, welches vom Interpellant angesprochen worden sei, werde in diesem Auftrag nicht berücksichtigt. Weil die Aussagen die darin standen, entsprechen dem, was sie am Anfang gesagt habe. Zu der Frage 3: Wie der Interpellant richtig feststellte, seien die Verbesserungen für ÖV, Bahn und MIV bereits grösstenteils erfolgt. Der neue Zubringer habe für unser Dorf erhebliche Verbesserungen und Entlastungen gebracht. Die neuen Busverbindungen seien so weit wie möglich bereits heute umgesetzt. Die Förderung des Fuss- und Langsamverkehrs seien ebenfalls gemäss diesem Koordinationsblatt umgesetzt. In den vergangenen Jahren habe sich der Einwohnerrat mehrmals mit den Radwegen auseinandergesetzt. Einerseits sollen noch ein paar bauliche Verbesserungen auf den neuerstellten Radwegen gemacht werden. Die Ringstrasse sei vom Kreisel Merkur bis zum Kreisel Steinibach mit einem einseitigen, auf der Nordseite liegenden, kombinierten Rad- und Gehweg erstellt worden. Dieser werde eigentlich von den meisten Velofahrern genutzt und das "Miteinander" führe zu keinen grossen Schwierigkeiten. Selbstverständlich habe es eine gewisse Angewöhnungszeit gebraucht. Gemäss diesem Koordinationsblatt, müsse geprüft werden, ob der Zweiradverkehr ab dem Kreisel Bahnhof bis zum Kreisel Merkur auch auf die Fahrbahn verlegt werden könne. Mit den zuständigen Personen der Fachstelle VIF sei dies besprochen worden und klar verneint worden. Wenn die Strasse dann trotzdem von Velofahrenden benutzt werde, geschehe dies auf deren eigene Verantwortung. Es komme ab und zu vor, dass wenn man als Velofahrer auf der Ringstrasse fahre, auch dort bleibe und nicht auf die andere Seite wechsle. Es sei dort relativ eng, doch dies geschehe dann auf deren Eigenverantwortung. Man könne die Velofahrer allenfalls darauf ansprechen, wenn sie dies so machen. Der Kreisel Bahnhof könnte gemäss heutigem Velowegsystem nicht befahren werden. Sofern es Radwege habe, müssen diese benutzt werden. Die Situation wurde mit dem VIF angeschaut und neu könnte man diesen Kreisel Bahnhof mit dem Velo befahren, also ganz üblich in der Mitte. Es brauche aber noch Signalisationen, diese

seien noch nicht realisiert. Sie würden mit den abschliessenden Arbeiten dieses Projektes A2/6 ausgeführt. Auch die Absenkungen, welche man schon ab und zu besprochen habe, sollten eigentlich abgesenkt werden. Diese Absenkungsarbeiten seien bereits x-Mal eingegeben worden. Doch die Abschlussarbeiten dieses A2/6 Projekts seien noch nicht getätigt. Man stosse immer wieder an. Doch dies soll nächstens erledigt werden. Zudem werde auch noch das überwiesene Postulat geprüft, betreffend der Öffnung der Bahnhofunterführung für den Zweiradverkehr. Der Konzeptauftrag, welchen sie am Anfang angesprochen habe, soll aber auch aufzeigen, wie die Durchlässigkeit dieser Schiene für den Langsamverkehr mittel- bis langfristig zusätzlich verbessert werden könnte. Man habe die Situation, dass diese Schienen unser Dorf tatsächlich einwenig trenne und man habe nun diese Unterführung, welche zu Fuss, mit dem Velo oder Auto passiert werden könne. Man habe aber auch noch den Bahnhof, welcher eine Unterführung biete, sonst sei dies aber doch sehr trennend. Da möchte man in Zusammenhang mit dieser Planung schauen, wie man allenfalls für den Langsamverkehr weitere Übergänge schaffen könnte. Das werde ebenfalls in diesen Konzeptauftrag einfließen. Man werde sich jetzt sicher noch ein paar Monate damit beschäftigen, sicherlich den ganzen Frühling, und so denke man, dass dann etwa im Frühling 2007 das Konzept stehen müsste. Die Erkenntnisse aus diesem Konzept müssen dann auch in die Totalrevision der Ortsplanung einfließen können. Und sie könne sich vorstellen, weil man nachher auf eine Sonderbauzone, also von einem Bebauungsplan ausgehe, dass da wirklich fortgeschrittene Begehren vorhanden seien, auch von den Investoren. Das man allenfalls sogar auf eine Teilzonenplanänderung mit diesem Gebiet wieder einsteige, wenn das soweit befriedigend sei. Zur letzten Frage noch, man habe die Grundeigentümer von Anfang an in die Überlegungen des Gemeinderates miteinbezogen und Gespräche geführt. Die Ausformulierung werde mit allen Interessierten workshopartig erarbeitet, so dass man die Interessen konsensartig einfließen lassen könne. So sei man der Meinung, dass man eine breit akzeptierte Planung bekomme. Es nütze nichts, wenn man eine grosse Planung mache und die Interessierten und sehr grossen Grundeigentümer nicht involviere, so werde man nie zu einer akzeptierten Planung kommen. Das habe sie jetzt auch zu diesem Vorgehen bewegt. Die wichtigsten Elemente aus diesem Konzept würden dann rudimentär in die Zonenbestimmungen im Bau- und Zonenreglement aufgenommen und fänden detailliertere Bestimmungen, welche in diesem Bebauungsplan verbindlich festgelegt werden.

Jörg Stalder beantragt Diskussion, da er nur teilweise mit der Beantwortung zufrieden sei.

#### **Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.**

Jörg Stalder dankt der Gemeinderätin Manuela Bernasconi für diese umfassenden Informationen. Er habe noch zwei Punkte, welche ihm wichtig seien. Einerseits fände er es wichtig, dass sich die Gemeinde einsetze, dass der Bezug der HTA, welche auch an dieses Gebiet grenze, nicht vergessen gehe. Einerseits die Entwicklungsmöglichkeiten der HTA im Auge behalte und andererseits versuche Synergien zu schaffen, dass sich dort Betriebe und Anstalten ansiedeln könnten und somit der Schulstandort im Bereich Bildungsebene gestärkt werden könne. Was ja auch wichtig sei. Zweitens würde ihn die Gestaltung von diesen öffentlichen Grünflächen interessieren. Ob da schon konkretere Ziele vorhanden seien oder ob das auch im Rahmen dieses Konzeptes erarbeitet werde.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass sie das nicht erwähnt habe, aber auch für sie sei es wichtig, dass die HTA miteinbezogen werde. Man habe auch Gespräche mit dem Kanton geführt, der habe dort relativ grosse Landreserven, welche er kurzfristig sicher nicht verbauen möchte. Er möchte es sich aber auch nicht nehmen lassen, eine optimalere Anbindung in Betracht zu ziehen. Zum Beispiel Richtung Bahnhof, dass sie Interesse hätten, man rede ja auch von diesen Innovationszentren, dass da allenfalls Gewerbebetriebe, wo man die Synergien wirklich nutzen könnte, diese Gedanken die seien alle angesprochen und gemacht. Diese werden ebenfalls in das Projekt einfließen. Der zweite Punkt, die Durchgrünung, die Grünkorridore, da bestehe in diesem Sinne noch nichts konkretes, aber sie glaube, man habe einen klaren Auftrag, also sie sehe es so aus der Zukunftskonferenz. Dies sei sicher wichtig. Der Gemeinderat habe sich dies im Legislaturprogramm gegeben, also sie denke, das werde klar einfließen, dass man dort allenfalls noch ein Landschaftsplaner zuziehe, welche dann diese Ziele wirklich einfließen werde. Das man dort die Auflockerung und Vernetzung dürfe an unser Vernetzungsprojekt mahnen, wo eigentlich immer auch das Ziel sei, dass man die doch dichte besiedelte Fläche vom Dorf versuche wo man könne zu vernetze. Dies sei ebenfalls im Legislaturprogramm enthalten. Also dies werde sicherlich so einfließen, das sei bereits schon so geplant.

## Traktandum 12

### Interpellation Nr. 527/2005 Irène Zingg-Vetter, FDP, und Mitunterzeichnende: Verkehrskonzept bei der Dorflinde

---

"Diesen Herbst hat der Gemeinderat um die Dorflinde an der Neumattstrasse ein Verkehrskonzept signalisiert. Das Konzept sieht vor, dass Fahrzeuge die Lindeninsel jeweils rechts umfahren müssen. Der Radius der Insel und die Fahrspurbreite sind jedoch so eng und unübersichtlich, dass das Umfahren und Umgehen für schwächere Verkehrsteilnehmer wie Velofahrer, Fussgänger (vor allem Schulkinder) gefährlich ist. Bereits für Kleintransporter ist das Umfahren der Dorflinde unmöglich und sie wählen den Weg links um die Dorflinde. Der Widerstand der betroffenen Anwohner und Lieferanten zum Verkehrskonzept Dorflinde nimmt zu.

Ich bitte den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis über die Gefährlichkeit des Konzeptes Dorflinde?
2. Hat der Gemeinderat für die heutige Verkehrslösung eine Genehmigung des Kantonalen Strassenverkehrsamtes eingeholt?
3. Wurde der Verkehrsfluss nach Einführung der neuen Signalisation beobachtet, um deren Auswirkung zu prüfen?
4. Prüft der Gemeinderat allenfalls Änderungen für die zukünftige Verkehrsführung an dieser Kreuzung?"

Irène Zingg-Vetter erläutert ihre Interpellation. Der Gemeinderat habe diesen Herbst, um die Dorflinde an der Neumattstrasse, ein Verkehrskonzept signalisiert. Das Konzept sehe vor, dass Fahrzeuge die Lindeninsel jeweils rechts umfahren müssen. Die Situation sei nun aber für alle Verkehrsteilnehmer äusserst unglücklich. Sie könne dies beurteilen, weil sie mehrmals täglich an dieser Dorflinde vorbei müsse, sei dies als Fussgängerin, als Velofahrerin, aber auch mit dem Auto. Als Fussgängerin, wenn sie von der Neumattstrasse auf dem Trottoir herabkomme, stehe sie plötzlich auf der Strasse und habe hinter sich ein Auto, welches vorbei möchte und stehe bereits auf der nächsten Strasse und dort müsse sie schauen, dass von oben bzw. unten kein Auto komme. Also sie sei dort wirklich total dem Verkehr ausgesetzt. Sie stehe plötzlich auf der Strasse und am Mittag und Abend habe es dort viel Verkehr. Als Velofahrer genau dasselbe, nur mit dem Velo sei man etwas schneller unterwegs als zu Fuss und als Autofahrer komme sie eigentlich noch gut um die Linde herum. Wenn jetzt aber ein Lastwagen fahren würde, dann komme der einfach schlicht nicht um diese Linde herum. Durch diese neue Verkehrssignalisation habe sich die Verkehrssituation, ihrer Meinung nach, für alle Verkehrsteilnehmer deutlich verschlechtert und sie habe deshalb den Gemeinderat angefragt, was er gegen diese Situation unternehmen werde.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass der Gemeinderat die Verkehrssituation nicht ganz so schlecht einschätze wie Frau Zingg. Die Gefährlichkeit habe seit der neuen Verkehrsregelung deutlich abgenommen. Seit der Erstellung des neuen Kreisels Merkur, habe sich die Situation verändert. Man sei ganz normal durchgefahren, der Kreisel Merkur stehe jedoch schon länger, aber man habe durchdurch, dass der Kreisel Merkur erstellt worden sei, scheinbar mehrere "Beinaheunfälle" gehabt. Der Kreisel Merkur habe die ganze Situation verschärft. Wenn die Autos talwärts fahren und natürlich rechts von der Linde, dann sei man viel schneller mit denjenigen die aus dem Kreisel kamen konfrontiert gewesen, als das vielleicht vorher der Fall war. Man habe die Fahrbahn "abgeschnitten". Dies habe den Gemeinderat dazu bewogen, diese Verkehrsänderung anzustreben. Heute fahren nur noch vereinzelte Automobilisten auf der linken Seite vorbei. Diese verstossen aber eindeutig gegen die Verkehrsregelung und könnten eigentlich mit einer Ordnungsbusse bestraft werden. Grosse Lastwagen, die nur mit Mühe diese Insel umfahren können, fahren ebenfalls auf der linken Fahrbahn. Das sei gemäss Auskunft der zuständigen Stellen möglich, sofern die Umfahrung mit der nötigen Vorsicht, und der Warnblinkanlage oder mit Hilfe einer Verkehrsregelung durch andere Personen geschehe. Die Dienststelle für Verkehr und Infrastruktur VIF habe die Genehmigung im Dezember 2004 erteilt. Die entsprechende Verkehrsanordnung wurde im Kantonsblatt Nr. 50 vom 11. Dezember 2004 veröffentlicht. Die Dorflinde stelle eine natürliche Verkehrsinsel dar, die logischerweise umfahren werden müsse. Die Signalisation wurde den Vorschriften entsprechend ausgeführt. Der Verkehrsfluss könne durch das Personal der Liegenschaftsverwaltung direkt beobachtet werden. Auch wurden immer wieder Personen und Autofahrer auf die neue Regelung angesprochen. Die meisten Personen sprechen sich sehr positiv aus und schätzen die Neuregelung. Wenn sie jetzt vorher Frau Zingg zugehört habe, wären alle dagegen. Es komme halt immer etwas darauf an, mit wem man spreche. Man sehe eigentlich keine Veranlassung die Situation im Moment zu ändern. Weitere Ausführungen anhand einer Fo-

lie. Die gelbe Streifenführung wurde als Trottoirsersatz für die Fussgänger 1996 erstellt. Ein Trottoir hätte die ganze Situation noch mehr verschmälert. Sie habe noch eine Stellungnahme der Polizei. Es habe natürlich auch interessiert, sei dann die Situation wirklich so gefährlich wie man gehört habe, was passiere den um diese Linde herum. Sie habe ganz klar die Meldung erhalten, seit dieser neuen Verkehrsanordnung seien keine Unfälle bekannt, wenigstens der Polizei und der Gemeinde nicht. Bei der alten Verkehrsführung seien eigentlich auch keine namhaften Unfälle passiert. Es sei immer so, wenn keine Regelung bestehe, passiere auch weniger. Wie sie Anfangs erwähnt habe, habe sich die Situation durch die Erstellung des Kreisels Merkur gegenüber vorher verändert. Die Polizei Horw teilte mit, dass seit dieser neuen Verkehrsanordnung keine Reklamationen eingegangen seien. Auch sie schätzen den Verkehrsfluss aufgrund der heutigen Signalisation problemlos und verkehrsberuhigend ein. Sie sehen natürlich auch wie wir, dass die Fahrbahnbreite für schwere Motorfahrzeuge eng sei und diese flüssig rechts von der Linde vorbeifahren dürften. Links von der Linde vorbeizufahren sei für alle Fahrzeuge nicht erlaubt. Die Liegenschaftsverwaltung teilte uns mit, dass grösser Lastwagen, wenn sie genügend ausholen und die Sicherheitsvorschriften beachten würden, in geordnetem Rahmen um die Linde herumfahren können. Die ganz grossen Lastwagen vielleicht nicht, doch soviel kämen ja nicht von dort her. Wie sie sehen, habe man gemäss diesen Auskünften nicht die Idee, die ganze Verkehrsführung wieder zu ändern.

Irène Zingg-Vetter verlangt Diskussion, da sie mit der Beantwortung der Interpellation nicht ganz zufrieden sein.

#### **Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.**

Irène Zingg-Vetter erklärt, dass sie in der Fahrschule mal gelernt habe, dass dieser Pfeil ein Vorschriftssignal sei. Und ein Vorschriftssignal gelte für alle Fahrzeuge und nicht nur für 95 %. Also wenn man sage, die kommen dann einfach nicht vorbei, die müssten rechts herum, sei dies für sie nicht so logisch. Entweder müsse man rechts herum und dann könne man rechts herum oder wenn man nicht rechts herum könne, dürfe es auch kein solches Vorschriftssignal geben. Dann müsse man es ihrer Meinung nach halt wieder offen lassen. Wie wäre die Rechtslage, wenn ein Unfall passieren würde? Wenn ein Lastwagen links vorbeifahren würde und ein Unfall passiere? Sie wisse nicht, ob die Chauffeure dann Regress nehmen würden und einfach sagen würden, es sei dort zu eng gewesen, sie seien nicht herumgekommen. Sie habe mit dem Chauffeur der Firma Heggli gesprochen und gefragt, wie er um die Linde herum fahren könne. Der Heggli-Transport sei nicht ein besonders grosser Lastwagen, man sollte meinen, dieser könne rechts vorbeifahren. Er erklärte, dass er mit Müh und Not rechts vorbei fahren könne. Aber er fahre ganz klar links herum, weil die Gefahr, dass er mit dem Auto irgendwo anhängen einfach zu gross sei. Zudem verleite man gewisse Verkehrsteilnehmer mit dieser Verkehrsführung zum rechtswidrigen Fahren. Sie finde, es mache einfach keinen Sinn, wenn man Vorschriftstafeln aufstelle und man genau wisse, dass sich nicht alle Verkehrsteilnehmer daran halten können. Noch etwas zu der Signalisation als Trottoir, dieser Fussgängerstreifen am Rande habe sie schon gesehen, sie wolle aber nicht Richtung Friedhof, sondern sie müsse meistens auf den Bus zur Kantonsstrasse. Somit sei sie dann halt wirklich zweimal auf der Strasse und ein Schulkind gehe ebenfalls nicht auf diesen Fussgänger, die sausen direkt an der Linde vorbei.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi denkt, dass ein Prozent der Lastwagen nicht um die Linde fahren können. Sie sei überzeugt, dass auch der Heggli-Transport dort vorbei fahren könnte. Falls ein Unfall mit einem solch grossen Lastwagen passieren würde, welcher wirklich nicht vorbei fahren kann, würde man wahrscheinlich prüfen, ob er die notwendigen Sicherheitsmassnahmen befolgt habe. Würde man Sicherheitslücken feststellen, die der Lastwagenchauffeur nicht befolgt hätte, würde er sicherlich bestraft. Die meisten, die dort herunter fahren, können die Linde passieren. Es sei sicher so, dass ein paar wenige, dies aus Prinzip nicht machen. Diese könnten natürlich gebüsst werden, das sei ihnen bewusst.

Ruedi Meier findet, dass es da schon ein Problem gebe, welches diskutiert werden müsse. Es gebe dort verschiedene Situationen, welche nicht gelöst seien. Wenn er vom Kirchweg her komme und in die Neumattstrasse einbiegen möchte, stehe dort keine Tafel, welche ihm verbiete links an der Linde vorbeizufahren. Er fahre auf der linken Seite vorbei und schneide dem Verkehr, von oben kommend, den Weg ab. Es gebe keine Linksabbiege-Verbotstafel auf dieser Seite. Man müsse um die Linde herum fahren, behindere dann aber zwei Strassen. Diejenigen die von unten herauffahren können kreuzen. Das Problem dort müsse einfach gelöst werden.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass sie abklären werde, ob es allenfalls noch eine zusätzliche Tafel benötige.

Markus Amstutz denkt, wenn man die Verkehrsführung bei der Linde anschaut, dann sei man sich einig, dass das eine verwirrende, komplizierte Sache sei. Er glaube und behaupte jetzt einfach mal, dass diese Situation nicht ganz regelkonform signalisiert sei. Man stelle sich mal vor, dass man diese Linde mit einem Anhängerzug umfahren soll. Das sei von dieser Seite her unmöglich. Wenn man vom Kirchweg her komme und einem Fahrschullehrer oder sonst einem langjährigen Autofahrer sage, man möchte gerne in die Neumattstrasse abbiegen, doch dieser wird diesen Weg nicht finden und falsch fahren. Nur jemand der diesen Weg in- und auswendig kenne, fahre links um diese Linde herum, jeder andere nicht. Er möchte der Gemeinderätin Bernasconi im Punkt mit den Dreiecken am Boden Recht geben. Selbstverständlich dürfe man dort nicht hineinfahren. Er bitte den Gemeinderat, dieses Problem wirklich nochmals zu überprüfen und mit dem Kanton zusammenzuarbeiten.

Pia Christen-Martino erklärt, dass sie einmal in der Kommission für sichere Schulwege gewesen sei, in welcher die Ehefrau von Ruedi Meier nun Präsidentin sei. Man habe das Problem mit der Linde damals schon diskutiert und sie seien zum Schluss gekommen, dass es das Beste sei, wenn man diese Linde einfach fällen würde. Viele seien dann mit dieser Lösung nicht zufrieden gewesen und man habe es dann so gelassen. Die gelben Streifen seien von dieser Kommission beantragt worden. So könnte wenigstens ein kleiner Schutz gewährleistet werden. Aber dieses Linden-Problem sei ein alt bekanntes Problem. Man könne nun sagen, was man wolle, es gäbe wirklich noch die Möglichkeit die Linde zu fällen.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erwähnt, dass sie auch auf die Linde aufmerksam machen wollte. Sie denke, dass diese Linde sicherlich allen auch ein wenig heilig sei. Man müsse immer um die Linde herumfahren, ausser, man würde wirklich diese radikale Massnahme durchziehen. Für einige wäre dies sicher möglich, doch sie glaube, dass das nicht der Wille vom Rat sei. Die ganz optimale Lösung, um diese Linde herum, wisse sie auch nicht. Sie werde die Situation gerne nochmals prüfen, ob es noch optimaler ginge, als das es jetzt schon sei. Aber sie glaube auch, dass Horw die Linde behalten werde.

Esther Jost erklärt, dass sie nun auch noch etwas sagen möchte. Da sie ja auch in diesem Quartier wohne, möchte sie zuerst einmal Irène Zingg unterstützen. Auch sie habe schon relativ viele gefährliche Situationen beobachten können, seit dieser Signalisationsänderung. Weil man ja nun aber über die Linde gesprochen habe, dachte sie bereits, dass jemand sagen könnte, man solle diese Linde fällen. Sie habe nun im Zonenplan gesehen, dass die Linde als geschützten Einzelbaum eingetragen sei und sie hoffe, dass das auch Ernst gemeint sei.

Irène Zingg-Vetter möchte abschliessend noch sagen, wenn die Gemeinderätin das Postulat nochmals entgegen nehmen und nochmals anschauen würde und die Meinungen zusammentragen würde. Und das der Liegenschaftsverwalter den Verkehrsfluss dort kontrolliere, sei ja schön und gut, aber sie meine, dass dieser andere Aufgaben zu erledigen habe.

Für getreues Protokoll

Der Einwohnerratspräsident

Der Sekretär

Der Gemeindeschreiber

Die Protokollführerin